Einen anderen {改道} Weg gehen...

N°55 - 07.2015

# GĂIDÀO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

FdA

FDA - IFA

## IN DIESER AUSGABE

*Bericht zum letzten FdA-Treffen in Nürnberg*
*AFem2014-Reihe: Reproduktionsrechte weltweit*
*Austerität, Freihandel und globale Eingriffe ins Streikrecht*

★

02 [ 改道 ] Gai Dào
N°55 - Juli 2015

# Editorial

Hallo Menschen,

der G7-Gipfel liegt hinter uns, es ist viel passiert, aber leider haben wir es nicht geschafft, einen auswertenden Artikel dazu in diese Gai Dao zu bekommen. Dafür können wir euch einige andere lesenswerte Beiträge anbieten:

Einen Rückblick gibt es auf das letzte FdA-Treffen, das in Nürnberg stattfand. Lange Zeit war die FdA nicht in Bayern vertreten, was nun mit dem Beitritt von Auf der Suche, Nürnberg, und der LAVA aus München endlich ein Ende hat. Der Freistaat wackelt ...
Der vierte Teil unserer AFem2014-Reihe befasst sich mit körperlicher Selbstbestimmung von Frauen* und reflektiert die Beiträge von Genoss*innen aus über acht Ländern. Ein weiterer Artikel beschreibt die Bewegung für LBGT-Rechte in der Ukraine und die ihr entgegenschlagende, allgegenwärtige Homophobie.

In der Sparte "Bewegung" könnt ihr lesen, wie der bekannte Immobilienspekulant Marweld in Berlin die Gentrifizierung vorantreibt und gut Kohle damit macht. Der Artikel "Die Isolation durchbrechen!" von zwei Genoss*innen der Anarchistischen Initiative Kaiserslautern/Kusel reflektiert und kritisiert verschiedene Aspekte anarchistischer Handlungsweisen und die Anarchistische Initiative Ortenau gibt ein kurzes Statement zu ihrer Nennung im aktuellen Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg.

Die Artikel in "Analyse & Diskussion" beschäftigen sich mit (und hoffentlich auch euch) der Frage nach Knästen in der befreiten Gesellschaft, dem leidigen Thema Europa im Hinblick auf Austerität, Freihandel und globale Eingriffe ins Streikrecht und einer Kritik an der Demo „Europa.anders.machen. demokratisch – solidarisch – grenzenlos" und ihren Inhalten, die am 20. Juni 2015 in Berlin stattfand. Den Abschluss bildet ein Blick nach Spanien. Er beschäftigt sich mit der plattformistischen Bewegung und sieht diese äußerst kritisch.

Ihr seht also, auch ohne G7-Rückblick habt ihr genug zu lesen und zu diskutieren. Und nicht vergessen: Danach auf die Straßen gehen und den Staat alt aussehen lassen!

nigra für die Redaktion

Unser Titelbild zeigt die Anarchistin, Feministin und Revolutionärin Emma Goldman.
2015 ist ihr 75. Sterbejahr.

**Impressum:**

| | |
|---|---|
| Herausgerber*innen: | [改道 ] Gai Dào - Redaktionskollektiv |
| V.i.S.d.P.: | Gai Dao<br>c/o Alarm e.V.<br>Postfach 10 01 61<br>77621 Offenburg |
| Druck und Verlag: | Eigenverlag |
| Erscheinungsweise: | monatlich |
| Kontakt: | redaktion-gaidao@riseup.net |


## ÜBER UNS

**[ 改道 ] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA).**

**Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.**

**Die [ 改道 ] Gai Dào bietet einen monatichen Quer-schnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.**

**Dabei versteht sich [ 改道 ] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.**

**Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos, Zeichnungen, oder Terminzusendungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.**

**Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipen im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.**

Alle Ausgaben unter: www.fda-ifa.org/gaidao

# Inhalt

## FdA/IFA

04 *Bericht zum letzten FdA-Treffen in Nürnberg*

## Weltweit

05 *AFem2014: Reproduktionsrechte weltweit*
Die Bekämpfung von körperlicher Selbstbestimmung / inspirierende, mutige & kreative feministische Reaktionen

08 *Erklärung ukrainischer anarchistischer Organisationen zum Angriff gegen den „Marsch für Gleichheit“*

## Bewegung

10 *Im guten Glauben verkauft, von Gregor Marweld verdrängt*
Eine Warnung an alle Hausbesitzer*innen und Mieter*innen!

12 *Die Isolation durchbrechen!*
Aspekte anarchistischer Handlungsweisen

14 *Ungewollter “Ruhm” –*
Der Verfassungsschutz hat uns im Blick

## Analyse & Diskussion

16 *Eine befreite Gesellschaft und Gewalt oder:*
Warum Knäste unnötig sind!

18 *Austerität, Freihandel und globale Eingriffe ins Streikrecht -*
Drei Aspekte derselben neoliberalen Politik

21 *Europa anders machen? Dieses Europa?*

24 *Von den Irrungen im libertären Lager –*
eine Kritik der plattformistischen Bestrebungen in Spanien

## Termine

27 *FdA hautnah*
Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder

**Eigentumsvorbehalt**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschü- re den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

**Hinweis zur Sprache:**

Das in den Texten verwendete „*innen“ (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

# Bericht zum letzten FdA-Treffen in Nürnberg

**Mitte Juni 2015 fand das jährlich drei Mal ausgerichtete Treffen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA) in Nürnberg im Projekt 31 statt. Durch die Aufnahme anarchistischer Gruppen aus Bayern in die FdA zu Anfang dieses Jahres ergab sich dadurch auch zum ersten Mal die Gelegenheit ein FdA-Treffen in einer Region zu veranstalten, in der sie zuvor nie präsent gewesen war.**

★ *Von: Auf der Suche (Nürnberg)*

Nachdem das letzte FdA-Treffen in Ludwigsburg in Baden-Württemberg-stattgefunden hatte, wurde das aktuelle Treffen erneut im Süden organisiert, was sich natürlich auch auf die Gastgruppen auswirkte. So war in Nürnberg mit der Revolutionären Jugendgruppe (RjG) aus dem Schweizer Bern nur eine Gastgruppe anwesend. Die Gruppe reiste extra für das Treffen an, um sich im deutschsprachigen Raum weiter zu vernetzen und Kontakte zu intensivieren. Zudem ergab sich durch den Besuch eines Mitgliedes der Liga Anarquista aus dem brasilianischen Rio de Janeiro die Möglichkeit, Informationen aus erster Hand über den Anarchismus und die anarchistische Organisierung in Südamerika zuerhalten. Die internationalen Kontakte, die bereits über die Internationale der Anarchistischen Föderationen (IFA) gepflegt werden, konnten so weiter ausgebaut werden.

Alles in allem nahmen an dem Treffen ca. 20 Personen aus acht verschiedenen Gruppen teil, die aus dem gesamten deutschsprachigen Raum angereist waren. Diese reisten mehrheitlich bereits am Freitagabend an, wodurch die Gelegenheit entstand, sich kennenzulernen bzw. an bereits bestehende Bekannt- und Freundschaften anzuknüpfen, sowie die Chance das Projekt 31 als Veranstaltungsort kennenzulernen. Das Projekt 31 ist ein autonomes und selbstverwaltetes Jugend- und Kulturzentrum, welches seit Juni 2014 besteht. Hier finden regelmäßig Konzerte, Vorträge, Filmeabende, Lesekneipen und eine große Anzahl weiterer Angebote statt. Denn auch eine Fahrradwerkstatt, eine vegane Küfa sowie ein Umsonstladen finden sich unter dem Dach des Hauses, das nebenbei noch weiteren Initiativen und Gruppen Raum bietet, sich zu treffen oder ihre Inhalte nach außen zu tragen.

Trotz der bis in die Nacht andauernden Gespräche begann am Samstagmorgen nach dem Frühstück pünktlich die Arbeitsphase des Treffens. Nach einer Begrüßung und der sehr interessanten Vorstellung der Gastgruppen aus Bern und Rio de Janeiro gab es die Möglichkeit für die anwesenden Gäste und neuen Mitglieder die Strukturen und Abläufe der FdA sowie der IFA erklärt zu bekommen. Dieses Angebot wurde rege in Anspruch genommen, da es scheinbar viele Fragen hinsichtlich der Arbeitsweise der beiden Organisationen gab.

Im Anschluss bildeten sich zwei Arbeitsgruppen: Die erste Gruppe arbeitete an einem (selbst-)kritischen Rückblick auf den G7-Gipfel und die damit verbundene FdA-Kampagne. Die zweite Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit der Arbeit der Gaidao (der Monatszeitschrift der FdA) und genauer mit möglichen Verbesserungen in Anbetracht der Redaktionsauslastung.

Im weiteren Tagesverlauf bildeten sich in Zug einer weiteren Gruppenphase Arbeitsgemeinschaften, die zu den Themenfeldern IFA, der Ausrichtung eines FdA-Sommercamps und obendrein zu einer anvisierten Kampagne zum Thema „25 Jahre deutsche Einheit“ arbeiteten. Die erste Gruppe beschäftigte sich beispielsweise damit, das FdA-Modell assoziierter Projekte, die kein Mitglied der Föderation, aber mit dieser auf Projekt- und Informationsebene verbunden sind, auch auf die IFA-Ebene zu übertragen, um auch Gruppen und kleinere Organisationen sinnvoller in die internationale Arbeit einbinden zu können. Ein auf dem Treffen konkret ausformulierter Vorschlag soll auf dem nächsten CRIFA-Treffen im Juni in London eingebracht werden. Die zweite Gruppe entwarf ihrerseits ein Konzept für die Ausrichtung eines FdA-Sommercamps im Spätsommer und sammelte zudem Ideen für eine dezentrale Kampagne gegen die Einheitsfeierlichkeiten, welche dieses Jahr in Frankfurt stattfinden.

Nach der Mandatsvergabe für die Referate der FdA, einem weiteren und ausführlicherem Input zu anarchistischer Politik in Brasilien, sowie dem für diesen Tag abschließenden Gesamtplenums konnten die Anwesenden bei

schönem Wetter das Abendessen im Hof des Projekt 31 genießen. Im Anschluss besuchten alle gemeinsam noch die Party des lokalen antifaschistischen Jugendbündnisses, um den Abend ausklingen zu lassen.

Am Sonntag beschäftigten sich die Anwesenden in weiteren Arbeitsgruppen mit der Organisierung eines Skillsharing-Projekts, während die Revolutionäre Jugendgruppe aus Bern von ihren Erfahrungen bei Besuchen in Rojava und Kobane erzählte und ein Projekt zur Unterstützung des Wiederaufbaus für Rojava vorstellte, für das Spenden gesammelt werden.
Nach einer ausführlichen Feedback-Runde, in der alle Teilnehmer*innen sich zum Verlauf und zur Stimmung auf dem Treffen äußern konnten, endete am Sonntagnachmittag dann er offizielle Teil des Treffens. Im Anschluss fanden jedoch noch weitere interessante Gespräche auf informeller Ebene statt, bevor die ersten dann im Laufe des Nachmittags wieder abreisten. Trotz der für FdA-Treffen eher geringen Beteiligung durch Mitglieds- und Gastgruppen war das gesamte Wochenende im Allgemeinen jedoch sehr produktiv und das nach wie vor hohe Interesse an einer überregionalen anarchistischen Vernetzung wurde durchaus deutlich. Neben dem Austausch von Informationen und Erfahrungen war das FdA-Treffen eine gute Möglichkeit persönliche Kontakte zuknüpfen und gemeinsam an Projekten zu arbeiten, die auf lokaler Ebene nicht umsetzbar wären.

# Reproduktionsrechte weltweit – die Bekämpfung von körperlicher Selbstbestimmung / inspirierende, mutige & kreative feministische Reaktionen

**Anmerkung der Redaktion: Seit der Gaidao-Nummer 52 (März 2015) veröffentlichen wir in jeder Ausgabe einen Beitrag zur Anarcha-feministischen Konferenz, die im Oktober 2014 in London stattfand.**

★ *Von: Fleabite / Übersetzung: Yori*

Der folgende Artikel basiert auf meinen Notizen vom hervorragenden Workshop zu Reproduktionsrechten bei der A-Fem-Konferenz 2014[1]. Die Veranstaltung war für 3 Stunden angesetzt und ich dachte, dass ich ihr eine Weile beiwohnen würde, um sie dann zu verlassen und zu einem der anderen eine Stunde später beginnenden Workshops und Diskussionen zu gehen. Wie es sich herausstellte, konnte ich so viel daraus ziehen, dass ich bis zum Ende blieb – und es nicht glauben konnte, wie schnell die Zeit verging! Dies ist eine Ausarbeitung von Stichworten, welche ich mitzuschreiben begann, als ich unglaubliche Redner*innen hörte, welche die Verhältnisse aus ihren Ländern schilderten und was sie taten, um diese Verhältnisse infrage zu stellen. Ich habe es nicht geschafft das Meiste davon mitzuschreiben, da es so in die Tiefe ging; und meistens hörte ich nur zu und nahm das Gesagte auf und dachte darüber nach. Aber sei es drum: Hier sind meine Notizen :) Sie sind von einer Vielzahl an Redner*innen / Beteiligten aus dem Publikum. Insgesamt zählte ich neun vorgestellte Länder: Polen, Irland, Spanien, Chile, Argentinien, Brasilien, Frankreich und das Vereinigte Königreich. Die Notizen sind nicht unbedingt in dieser Reihenfolge und ich schrieb die Länder, aus denen die Beteiligten waren, oftmals nicht auf. Fehler gehen auf meine Kappe. Falls du welche findest, schreib bitte einen Kommentar, so dass ich Ergänzungen hinzufügen kann.

Der Schwangerschaftsabbruch steht in Widerspruch zu den Vorstellungen von Frauen als natürliche Mütter. Er war über Jahrhunderte hinweg üblich, wurde jedoch im 19. Jahrhundert in Europa problematisiert/kriminalisiert. Im Zuge des Kolonialismus bezog die Viktorianische Epoche ihre Haltung darauf, daraufhin steckte sie die restliche Welt an – es gibt immer noch viele Länder, die das 1861

verabschiedete sich gegen die selbstbestimmte Entscheidung richtende Gesetz „Offences against a person“[2] anwenden.

Jedes Jahr gibt es ca. 40 Millionen Schwangerschaftsabbrüche weltweit. Eine von drei Frauen im Vereinten Königreich wird irgendwann in ihrem Leben einen Schwangerschaftsabbruch haben. Die Hälfte aller Schwangerschaftsabbrüche auf der ganzen Welt sind unsicher, infolge dessen führen sie zu 50.000 Todesfällen pro Jahr. Wohlhabendere Frauen können oftmals dem Schlimmsten davon entkommen, weil sie zahlen oder an Orte mit besseren Gesetzen und Möglichkeiten reisen können.
Es gab einige internationale Übereinkommen, wonach Länder Schwangerschaftsabbrüche legalisieren und verfügbar machen sollten, aber diese sind nicht rechtlich bindend, sondern rein symbolisch.
Keine Verhütungsmethode ist 100%ig sicher, und nicht jede*r hat die Kraft Schwangerschaftsverhütung auszuhandeln.

Rechte christliche Organisationen in Spanien wie beispielsweise „Die christliche Legion“ und „Opus Dei“ haben eine Menge Macht, weil sie auch Politiker*innen und Geschäftsleute einbinden. (Ein*e Italiener*in sagte, dies trifft auch auf ihr Land zu). Die Kirche hat einiges an Mitspracherecht, beispielsweise bei der Bildung, wo Religion ein Pflichtfach ist. Die Rechtsaußenbewegung hat es jetzt akzeptabel gemacht, öffentlich sexistische Dinge über die Stellung der Frauen als Mütter zu sagen wie beispielsweise über Geschäftsfrauen, die mahnten, dass „Frauen im fruchtbaren Alter nicht eingestellt werden sollten“. So verfestigt sich dies jetzt zusätzlich als Teil des öffentlichen Diskurses und gibt traditionellen, konservativen Ansichten Selbstvertrauen und Glaubwürdigkeit.

Sogar scheinbar öffentliche, nicht-religiöse Schulen werden oftmals von Opus Dei hinter den Kulissen beherrscht. Auch das private Gesundheitswesen wird von der Kirche unterstützt. Es gab dieses Jahr Versuche Schwangerschaftsabbrüche noch mehr einzuschränken, diese wurden jedoch vereitelt. Jetzt existiert die neue feministisch mobilisierte Bewegung „Wir und unsere Großmütter sind Feminist*innen, aber eine ganze Generation wurde übersprungen“. Sie machten eine Menge Aktionen gegen das neue Gesetz und sind nach wie vor am Organisieren.

Es gab weitere Redner*innen, darunter auch aus dem Publikum, aber ich habe mir nicht von allen Notizen gemacht :(

In Italien weigern sich 80 Prozent der Frauenärzt*innen sowie viele der Krankenpflegekräfte und Narkoseärzt*innen einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen, so dass ein solcher Eingriff sehr schwer zugänglich ist, obwohl er legal ist. Selbst ausgeführte oder auf andere Weise unsichere Schwangerschaftsabbrüche kommen daher häufig vor, aufgrund dessen Frauen oft danach mit starken Blutungen in der Notaufnahme landen und dies als „spontane Fehlgeburt“ dokumentiert wird. 20.000 legale Schwangerschaftsabbrüche werden pro Jahr durchgeführt, aber circa 40.000 werden verweigert aufgrund von „Ablehnung aus Gewissensgründen“. Es gibt 75.000 dokumentierte „Fehlgeburten“ – ein Drittel von diesen sind wahrscheinlich unsichere Schwangerschaftsabbrüche. Die Fehlgeburtenraten sind seit den 1980er Jahren dramatisch angestiegen, besonders bei Minderjährigen. Die Zahl derjenigen steigt, die einen Eingriff aus Gewissensgründen ablehnen, vor allem im Süden. Sie sagen, wenn sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen, sehen sie sich mit Diskriminierung am Arbeitsplatz konfrontiert.

Ich habe hier eine weitere Reihe von Beiträgen ausgelassen, weil ich nur zugehört habe.

In Chile sind Schwangerschaftsabbrüche seit 1989 illegal (es war eine der letzten Handlungen von Pinochet als Diktator) – zuvor war es legal, wenn das Leben der Frau gerettet werden sollte. 2008 gab es

Bestrebungen die Pille danach zu kriminalisieren. Dies führte zu einer Welle von Aktionen und einem Aufschwung des Feminismus – ältere Feminist*innen aus der Zeit der Diktatur vereint mit neueren/jüngeren. Sie führten direkte Aktionen durch, indem sie Flugblätter und Plakate verbreiteten mit Informationen, wie man die Pille danach durch eine bestimmte Zusammenstellung von empfängnisverhütenden, verfügbaren Pillen herstellt. Diejenigen, welche in der Kindheit getauft worden sind, machten eine öffentliche „Abtrünnigkeitshandlung", indem sie sich von der Religion lossagten. Eine Telefon-Hotline sowie ein Solidaritätsnetzwerk wurden eingerichtet, um Unterstützung und Beratung für diejenigen bereitzustellen, welche einen Schwangerschaftsabbruch bedürfen, und sie in Kontakt mit Ärzt*innen zu bringen, welche einen Schwangerschaftsabbruch durchführen. Obwohl es illegal ist, wurden „nur" 300 Leute inhaftiert – sowohl Personen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, als auch die, die einen solchen erfahren – und die meisten Leute kamen davon. Auch gab es juristische Anfechtungen gegen das neue Gesetz. Es gab einen öffentlichen Aufschrei, nachdem eine 11-Jährige, die von ihrem Stiefvater vergewaltigt worden war, gezwungen wurde das Kind zu bekommen.

„Speaking of I.M.E.L.D.A."[3] (Akronym für: Irland macht England zum legalen Ziel für den Schwangerschaftsabbruch) machen fantastischen Performance-Aktivismus, weil Schwangerschaftsabbrüche in Irland illegal sind. Ihre aktuelle Kampagne „Schlüpfer für die selbstbestimmte Entscheidung"[4] fordert Leute auf, Bilder von Schlüpfern mit Botschaften „für die selbstbestimmte Entscheidung" an traditionellen Örtlichkeiten aufzuhängen. Etwas Privates zu nehmen, wie beispielsweise unsere Unterwäsche, und es öffentlich zu machen, gibt wieder, was die Regierung den Frauenkörpern angetan hat. Jemand anderes schlug vor, falls du Urlaub in Irland verbringst, es lohnenswert sei, bloß beiläufig in einem fassungslosen Tonfall zu fragen „Ist es wahr, dass Schwangerschaftsabbruch hier immer noch illegal ist?", um dies in Läden etc. zu entnormalisieren.

Aus den USA bekannte Attacken gegen Abtreibungskliniken ereignen sich nun in auch Großbritannien – finanziert von Gruppen aus den USA. „Abort 67" sind in Brighton aktiv und Protestmahnwachen gegen Abtreibungskliniken finden nun in London und Manchester statt sowie möglicherweise auch an anderen Orten. Die Krankenhäuser ihrerseits haben gebeten, dass es keine Gegen-Mahnwachen zu jenen geben soll, weil es gerade eher eine unangenehme Szene für diejenigen darstellt, welche versuchen auf die klinischen Dienstleistungen zuzugreifen.

In Brasilien ist Schwangerschaftsabbruch illegal. In Argentinien ebenfalls. In Frankreich existieren Zugangsschwierigkeiten. In Großbritannien müssen jetzt handeln, um uns auf die kommenden Angriffe vorzubereiten. Das Recht befindet sich schon im Vormarsch.
Das Abortion Support Network[5] hat sich gebildet, um Frauen aus Irland bei der Reise zur britischen Insel für einen Schwangerschaftsabbruch zu unterstützen. Sie sind das Pflaster, welches auf das dringende Bedürfnis reagiert, aber es ist unverzichtbar die Gründe dafür zu thematisieren und die Gesetze in der Republik Irland und die Regelungen in Nordirland zu verändern.
Es wurde ein Video über Frauen aus Irland gedreht und es war für viele von ihnen das erste Mal, dass sie zu „jemandem" über die Tatsache gesprochen haben, dass sie einen Schwangerschaftsabbruch gehabt hatten. Sich gewöhnlich zu schämen, Angst und sogar persönlichen Widerstand gegen einen Schwangerschaftsabbruch zu haben, obwohl sie einen gemacht hatten. Es ist für Frauen in GB schwierig zuzugeben, dass sie einen Schwangerschaftsabbruch hatten; in Irland ist es bereits schwierig zuzugeben, dass man eine Frau kennt, die einen gehabt hat.

Weitere Informationesquellen:
https://www.womenonweb.org/ und http://womenhelp.org/

*Fußnoten:*

*[1] afem2014.wordpress.com*

*[2] Bedeutet übersetzt soviel wie „Personenstraftat" (Anm. d. Ü.)*

*[3] https://www.youtube.com/channel/UCW_F64htch9WiH5UzONwYQg/feed*

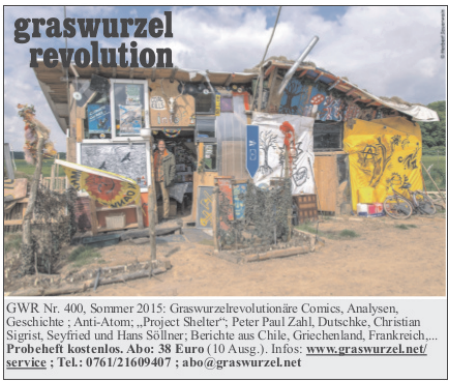
*[4] https://twitter.com/hashtag/knickersforchoice*

*[5] https://www.abortionsupport.org.uk/ (Anm. d. Ü.: Netzwerk für die Unterstützung von Schwangerschaftsabbruch)*

Originaltext:
https://fleabite.wordpress.com/2014/10/21/reproductive-rights-globally-crackdowns-on-bodily-autonomy-inspiring-brave-creative-feminist-responses-afem/
Alle Infos zur A-Fem-Konferenz: https://afem2014.wordpress.com/

Aktuelle Ausgabe - Direkte Aktion:
Totgesagte leben länger
Aktueller Schwerpunkt:
Was Prekarisierung und Klassenbewusstsein (noch nicht) miteinander zu tun haben
DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung
Probeheft gratis: www.direkteaktion.org

Anzeigen



GWR Nr. 400, Sommer 2015: Graswurzelrevolutionäre Comics, Analysen, Geschichte ; Anti-Atom; „Project Shelter"; Peter Paul Zahl, Dutschke, Christian Sigrist, Seyfried und Hans Söllner; Berichte aus Chile, Griechenland, Frankreich,... **Probeheft kostenlos. Abo: 38 Euro** (10 Ausg.). Infos: **www.graswurzel.net/service ; Tel.: 0761/21609407 ; abo@graswurzel.net**

# Erklärung ukrainischer anarchistischer Organisationen zum Angriff gegen den „Marsch für Gleichheit“

★ *Von: Autonome Arbeiter*innen Union; Schwarzer Regenbogen; Direkte Aktion; Chaotisches Gutes; Nihilist.li; Rhythmus des Widerstandes; VK17 Publikationskooperative / Übersetzung: Ben*

Am Samstag den 6. Juni attackierten der Rechte Sektor und andere homophobe Kämpfer den „Marsch für Gleichheit“, der Teil der LGBT-Woche in Kiew war. Die Polizei schützte die Veranstaltung selbst (was möglich geworden war durch die Anwesenheit hochrangiger Diplomat*innen an der Seite), aber nachdem der Marsch vorbei war, befahl sie der Menge von LGBT-Aktivist*innen, sich zu zerstreuen. Die Infrastruktur des Areals erlaubte keine schnelle Abreise und die Nazis jagten ihre Opfer einzeln durch die Straßen. Bis zu zwanzig Personen wurden infolgedessen verletzt. Dies ist eine gemeinsame Erklärung anarchistischer Gruppen infolge des Angriffs.

Wir Anarchist*innen nahmen am „Marsch für Gleichheit“ teil, um das Recht jeder Person, in einer Welt ohne Diskriminierung zu leben, zu unterstützen. Der Angriff auf den Marsch, ausgeführt durch die organisierten radikalen Rechten, zeigt die Tiefe an Hass und Vorurteilen in großen Teilen der ukrainischen Gesellschaft.

Wir sind mehr als skeptisch über die illusorischen ‚Europäischen Werte‘ – wir anerkennen einzig die universellen Werte des sozialen Fortschritts, der Freiheit und der Gleichheit sowie den Kampf für diese – aber wir wollen trotzdem die pro-europäischen Banausen ansprechen, die überzeugt sind, LGBTs hätten keine Probleme in unserem Land: Hier sind diese Probleme! Ihr weigert euch einfach, eure rosaroten Brillen abzunehmen, durch welche ihr auf ‚Europa‘ schaut, während die Einstellung, die unsere Gesellschaft dominiert, sehr viel näher an den ‚spirituellen Stützen‘ ist, die heute von der russischen Führung durchgesetzt werden. Manche von euch bestehen darauf, dass es unter den Umständen des Krieges keine Zeit für die Rechte von Minderheiten ist – aber wir glauben, dass dieser Marsch (auch wenn sein Plan nicht im ganzen Ausmaß zur Fertigstellung gelangte) mehr als angebracht war, genau wie all die anderen Veranstaltungen von „KiewPride2015“.

Wir hoffen, dass das Geschehene den Menschen aus dem liberalen Milieu endlich das politische Gesicht der nationalistischen und konservativen Kräfte gezeigt hat. Zuerst attackieren sie sie die ‚marginale‘ radikale Linke, dann wenden sie sich gegen die ‚perversen und degenerierten Künstler*innen‘ – und ihre politischen Dokumente beinhalten auch die Erwähnungen des ‚liberalen Extremismus‘, welcher ebenfalls eines der Ziele der radikalen Rechten darstellt. Schlussendlich werden sie alle außer sich selbst zu Feinden erklären und niemand wird die Möglichkeit haben, sich zu Hause zu verkriechen. Die Geschehnisse am „Marsch für Gleichheit“ sind perfekte Indikatoren für die Gefahr des Idealisierens und Glorifizierens der Rechten, und der Bedeutung einer kritischen Beurteilung der Realität.

Die Bezugsgruppe unserer Aktivist*innen, die den Marsch besuchte, war in der Lage so gut wie unversehrt aus dem Areal zu fliehen - dank unserer Fähigkeiten der Disziplin und gegenseitigen Hilfe. Unterdessen waren Betroffene unter anderen: LGBT-Aktivist*innen und ‚einfache‘ Leute, die die Veranstaltung unterstützten. Sie wurden Opfer der Nazis, weil sie ihre Sicherheit den Organisator*innen des Marsches anvertraut hatten, ohne zu wissen, was sie tun sollten, wenn sie mit rechter Gewalt konfrontiert werden würden. Während die Wahrscheinlichkeit einer homophoben Attacke nahe bei 100% lag, taten die Organisierenden des Marsches wenig, um die Sicherheit der Teilnehmenden zu gewährleisten.

Da wir einige Erfahrung mit unseren eigenen - trotz rechter Aggressionen erfolgreich durchgeführten - Veranstaltungen haben, können wir einen kritischen Überblick geben: fehlende Beachtung grundlegender Sicherheitsregeln, zu starkes Vertrauen in die Polizei und absurde Sicherheitsanweisungen, welche Aktivist*innen davon abhielten, Mittel zur Selbstverteidigung mitzubringen. Aber es gibt ein Problem, von dem alle anderen folgen: das Fehlen einer transparenten und horizontalen Entscheidungsfindung. Von oben kommende Anweisungen werden niemals so gut schützen können wie Diskussionen auf gleicher Ebene.

Unsere Aktivist*innen kamen, um den Marsch bedingungslos zu unterstützen, trotz dem Flirt mit der patriotischen und nationalistischen Öffentlichkeit (nutzlos, wie zu erwarten war) in den verschiedenen Erklärungen der Organisator*innen und trotz der Einladungen von Botschafter*innen und anderen VIPs, welche im Endeffekt ‚gleicher‘ waren als andere Teilnehmer*innen des Marsches. Für uns ist der Kampf der LGBT für Gleichheit ein integraler Teil des antikapitalistischen und antifaschistischen Kampfes. Wahre Freiheit ist nur möglich in einer Welt ohne Diskriminierung. Daher können wir die pseudo-Revolutionäre nicht tolerieren, die ignorant oder herablassend

zu Gender-Fragen sind – Sexismus, Machismus und Homophobie gehören nicht in die radikale Linke. Auf der anderen Seite ist ein lokaler Kampf exklusiv für LGBT-Rechte, ohne einen weiteren Kontext in Betracht zu nehmen, verurteilt zu scheitern: So lange Kapitalismus und hierarchische Gesellschaften existieren, werden immer Gruppen strukturell diskriminiert werden.
Wir denken, dass die Maßnahmen mit dem Ziel, LGBT-Rechte zu etablieren und zu schützen, nur effizient und perspektivisch sein werden, wenn sie horizontal organisiert sind, wenn alle, die bereit sind diese Maßnahmen zu unterstützen gleiche Möglichkeiten haben, ihre Ansichten auszudrücken. Eine notwendige Bedingung, damit dieser Kampf erfolgreich ist, ist eine tiefgreifende Diskussion über systemische Gewalt, Diskriminierung, Ausbeutung und den radikalen Kampf gegen diese Probleme. Die Agenda und das Format jeder Veranstaltung sollte von allen die ihr erklärten Werte unterstützen, diskutiert und geformt werden. Wir werden von nun an die „Märsche für Gleichheit“ der nächsten Jahre nur unter der Bedingung der direkten Einbindung in jeden Aspekt des Organisationsprozesses unterstützen: von der Planung des Konzepts bis zu Sicherheitsfragen. Auf diesen Märschen werden wir eigene anarchistische Blöcke formen, die unsere Ansichten über den Kampf für Rechte und Freiheiten geltend machen. Wir hoffen, dass dies erlauben wird, alle weiteren „Märsche für Gleichheit“ besser organisiert und effizient werden zu lassen; dass dies LGBTs helfen wird, ihre politische Aktivität zu konsolidieren und zu stärken sowie dass dies die Kooperation zwischen den aktivistischen Kreisen verbessern wird.

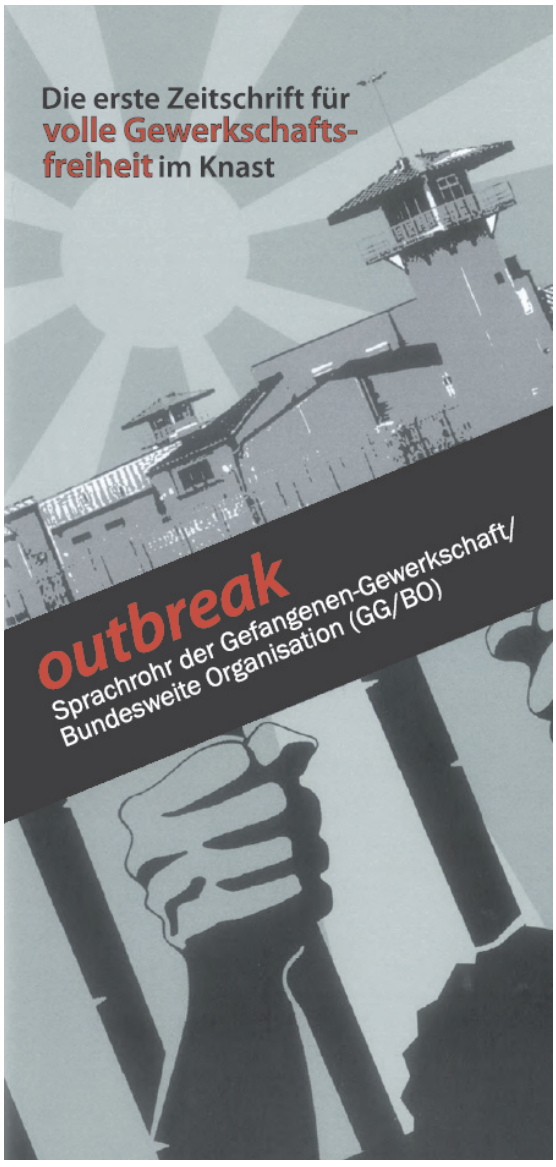
In unserer konservativen und homophoben Gesellschaft sind auch hundert Meter Marsch hinter einer dichten Polizeikette ein lokaler Sieg. Wir werden unermüdlich daran arbeiten, diesen Erfolg weiterzuverfolgen und zu entwickeln. Nur in Solidarität mit allen unterdrückten und diskriminierten Gruppen können wir soziale Befreiung erreichen.

Wir drücken unsere volle Solidarität mit der LGBT-Gemeinschaft aus und unterstützen ihren Kampf und stellen fest, dass die Rechte von LGBTs Menschenrechte sind. Wir wünschen den Opfern der nationalistischen Aggression gute Besserung.

Rebelliere, liebe, gebe deine Rechte nicht auf!
Keine Götter, keine Herren, keine Nationen, keine Grenzen!

Quelle: https://linksunten.indymedia.org/de/node/145794

Anzeige



# Im guten Glauben verkauft, von Gregor Marweld verdrängt

## Eine Warnung an alle Hausbesitzer*innen und Mieter*innen!

★ *Von: Henriette Herbert (28.5.2015)*

Es hätte ein so schönes Beispiel für eine Nachbarschaft sein können, wie ihn sich Stadtentwicklungs- und Sozialsenator*innen wünschen: Mieterinnen und Mieter eines kleinen Altbauhauses in Berlin am Baumschulenweg entwickeln eine freundschaftliche Beziehung, helfen sich gegenseitig und genießen gemeinsam den selbst bewirtschafteten grünen Hinterhofgarten. Doch 2015 sind die ersten Mieter*innen entweder verstorben, bereits ausgezogen oder bangen um ihr Zuhause, weil sie die Klageschrift bezüglich Duldung einer entmietungsstrategischen Modernisierung und Mieterhöhung auf dem Tisch haben. Kläger ist ein stadtbekannter Immobilienspekulant, der lieber auf Vernachlässigung des Mietshauses, Ignoranz von Mieteranfragen setzt und die rechtliche Keule gegen lästige Bewohner*innen schwingt, als mit „seinen“ neuen Mieter*innen zu kommunizieren.

Etwa ein Jahr ist es her, als wir das Gewitter, das uns jetzt um die Köpfe donnert, haben anrollen sehen. Chic gekleidete Menschen mit Klemmbrettern und Exposé-Ordnern schlichen durch den Hausflur. Auf Fragen der Bewohner*innen zum Anliegen ihrer vermehrten Besuche reagierten sie nicht. Schnell war klar, dass es sich um Immobilienmakler*innen handelt. Warum sich unser ehemaliger Vermieter, Herr Pietsch (Name geändert), ausgerechnet für die Firma Engel & Völkers entschieden hat, werden wir wohl nie erfahren, doch dass ihre Beratung und Käuferempfehlung mehr als zweifelhaft waren, konnten wir später in Erfahrung bringen. So war es Herrn Pietsch wichtig, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Schraderstaße 16 in ihren Wohnungen bleiben können und notwendige Modernisierungen erst stattfinden, wenn ein Mieter auszieht. Leider ließ er sich dies nur per Handschlag vom neuen Vermieter bestätigen. Er war gutgläubig, denn Engel & Völkers haben ihm die WMGV Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, mit Geschäftsführer Gregor Marweld, als kleine GmbH vorgestellt, die ihnen vertraut und als zuverlässig bekannt sei. Engel & Völkers wussten genau, was ihrem Kunden wichtig war, und passten, allem Anschein nach, ihre Vermittlungsstrategie an, denn Herr Pietsch wollte an keine große Immobilienfirma verkaufen. Sein Gesundheitszustand drängte ihn jedoch zu einem möglichst schnellen Verkauf, und nachdem ein privates Architektenpaar kurzfristig abgesprungen war, blieb nur die vermeintlich „nette, kleine“ GmbH, die WMGV. Die Hausgemeinschaft hatte somit keine Zeit sich zu organisieren, um das Haus eventuell gemeinsam mit dem Mietshäusersyndikat kaufen zu können, was Herrn Pietsch bereits als Möglichkeit unterbreitet wurde.

Leider müssen wir das Schlimmste befürchten, denn die WMGV ist keine nette, kleine GmbH, sondern genau das Gegenteil, und Gregor Marweld ist kein unbekannter Verdrängungstäter. Bei vielen Menschen gilt er sogar als einer der skrupellosesten Immobilienbesitzer. Vor zehn Jahren war er Hausverwalter der Yorckstraße 59, welche illegalerweise am 6.6.2005 zwangsgeräumt wurde[1]. Zudem wurden Menschen aus dem sozialen und kulturellen Hausprojekt von ihm auf unterschiedliche Weise schikaniert und bedroht und körperlich angegangen. Über Weihnachten wurde beispielweise die Etage zu den Vereinsräumen zugemauert. Jetzt ist das Gebäude in bester Innenstadtlage luxussaniert. Gregor Marweld hat mittlerweile viele Jahre Übung in der Verdrängung von Menschen und es scheint ihm auch gleichgültig zu sein. Sein Sicherheitspolster, das er hinter sich hat, ist dick, denn er ist in einer Immobilienfamilie aus Berlin aufgewachsen und besitzt mehrere Firmen, die ein undurchsichtiges Immobiliengeflecht darstellen. Auch in Johannisthal treibt er sein Unwesen, dort wurden mehrere von ihm gekaufte Häuser in Eigentumswohnungen umgewandelt.

Wie in einem schlechten Tatort geht die Geschichte unseres Hauses und der Beginn einer Verdrängung weiter. Im August 2014 wurden die Kaufverträge unterzeichnet, doch wurde Herr Pietsch angehalten seinen Mietern davon nichts zu erzählen. Als wir ihm nach der August-, auch die Septembermiete überwiesen haben, holte er sich anwaltlichen Rat und benachrichtigte uns, dass es einen Verkauf gegeben hat und er uns die Miete zurücküberweisen wird. Wir sollten uns doch bitte von der WMGV die Kontoverbindung geben lassen, um das Geld an den neuen Eigentümer überweisen zu können. Nur wenige Tage später, als uns diese Nachricht ereilte, kam auch ein Brief der WMGV, mit einer förmlich und rechtlich hanebüchenen Erklärung über einen Eigentümerwechsel. Da uns das alles mehr als seltsam vorkam, überwiesen die meisten der Mietparteien unter Vorbehalt an den neuen Eigentümer. Der älterer Bewohner Herr Sonntag (Name geändert) sowie das Jobcenter zahlten weiter an den ehemaligen Vermieter. Ohne jeden Versuch der persönlichen Kontaktaufnahme kam, nur 12 Tage nachdem die WMGV als Eigentümerin im Grundbuch eingetragen war, die Modernisierungsankündigung und gleichzeitig eine Mieterhöhung, welche einen Monat vor Sanierungsbeginn in Kraft treten sollte. Zu diesem Zeitpunkt lebte Herr Sonntag schon nicht mehr. Etwa 3 Monate nachdem das Haus verkauft wurde, wurde er tot in seiner Wohnung aufgefunden. Für ihn wäre eine Modernisierung und Steigerung der Mietkosten von über 100 Prozent nicht denkbar gewesen, genauso wenig wie der Auszug aus dem Haus, in dem er seit mehr als drei Jahrzehnte gelebt hatte. Ob ein Zusammenhang zwischen seinem Tod

und der Verdrängungstaktik der WMGV besteht, lässt sich nach seinem Ableben wohl schwer herausfinden, jedoch wäre es nicht das erste Mal, dass auf Grund von Verdrängung Menschen sterben. Wir denken an dich Rosemarie F.! Sie verstarb am 11. April 2013 in Berlin, nur zwei Tage nachdem sie zwangsgeräumt wurde.

Dass Häuser modernisiert werden, unter dem Deckmantel der energetischen Sanierung, damit die Regierung als Alibi das „Klima retten“ kann, ist nicht neu. Der Klimawandel wird für die Immobilienbesitzer*innen dankend als perfides Argument „für das Interesse der Allgemeinheit auf Klimaschutz“ missbraucht, um ihren Profit noch dreister in die Höhe schnellen zu lassen. Denn durch die steigenden Mieten und die daraus resultierende Verdrängung der Altmieter*innen, können sie viel höhere Verkaufswerte der Immobilien erzielen.

Doch wie soll das Klima geschützt werden, wenn Millionen von Tonnen Sondermüll, in Form von Polystyrol-Dämmmaterial produziert werden und intakte Altbauten kaputtsaniert werden???

In unserem Fall soll die energetische Sanierung bis aufs Äußerste getrieben werden, mit undenkbar hohen Kosten, damit unsere Miete auf über 10 € pro Quadratmeter steigt und es sich keiner im Haus mehr leisten kann. Am besten wir ziehen alle ganz von alleine aus. Was dann mit dem Haus passieren würde ist Spekulation. Ein Blick auf bereits entmietete Häuser lässt mehrere Szenarien denkbar werden: 1. Das Haus wird ohne Menschen und ohne Modernisierung schnell profitabel weiter verkauft, 2. das Haus wird in Eigentumswohnungen umgewandelt, nachdem es modernisiert wurde, oder 3. es bleibt viele Jahre leer stehen, bis höhere Rendite in Aussicht stehen.

Doch das lassen wir uns nicht gefallen! Wir wehren uns und bleiben! Fast alle Parteien aus dem Haus haben der Duldung zur Modernisierung nicht zugestimmt, sondern angefangen sich zu organisieren! Wir ziehen mit der Mietergemeinschaft und dem Mieterbund vor Gericht, veranstalten Informationsabende und Soli-Partys, um entstehende Kosten und Gutachten tragen zu können. Wir bringen uns beim Mietenvolksentscheid ein, vernetzen uns mit anderen verdrängungsbedrohten Häusern wie der Friedelstrasse54, unterstützen die Gentrifizierungs-Frei-Tage vom 29. - 31. Mai auf der Lohmühle und treten mit Presseartikeln an die Öffentlichkeit.

Die Häuser denen, die drin wohnen!

Kontakt: schraderstrasse16@posteo.de

*Fußnote:*

*[1] http://de.wikipedia.org/wiki/Yorck59 und http://de.indymedia.org/2005/05/117830.shtml*

*Anzeige*

*Donald Rooum aus Wildcat & Co - Libertäre Comics, Trafic 1990*

# Die Isolation durchbrechen!

**Dieser Text soll Aspekte anarchistischer Handlungsweisen reflektieren und als Vorschlag gesehen werden, wie die libertäre Bewegung wieder an gesellschaftlicher Relevanz gewinnen kann. Dies geschieht in Abgrenzung zu Dingen, die unserer Meinung nach dem Erreichen unserer Ziele nicht dienen bzw. ihnen sogar entgegenwirken.**

★ *Von: Ben&Toni (Anarchistische Initiative Kaiserslautern/Kusel)*

Das heißt nicht, dass wir die Situation der anarchistischen Bewegung grundsätzlich als schlecht ansehen, durch einige Veränderungen, so unsere Ansicht, könnte sie ihr Potenzial aber noch wesentlich besser ausschöpfen. Eine soziale Revolution dient als Perspektive. Da aber in der momentanen Situation etwas derartiges weit entfernt ist, geht es uns mehr darum eine Praxis vorzuschlagen, wie gesellschaftliche Relevanz und Handlungsfähigkeit erreicht werden kann ohne jedoch die Perspektive der sozialen Revolution aus den Augen zu verlieren.

## Organisationsdualismus

Anarchistische Föderationen wie die FdA existieren um Anarchist*innen zu organisieren und deren Aktivitäten zu koordinieren. Aktuell bestehen diese Aktivitäten vor allem aus dem Verbreiten anarchistischer Gedanken durch Zeitungen wie die Gai Dao oder Kampagnen mit Vorträgen, Mobimaterialien und Demonstrationen. Dies ist aber natürlich nicht ausreichend um der befreiten Gesellschaft näher zu kommen oder das kapitalistische System zumindest anzugreifen. Außerdem ist zumindest in der aktuellen Situation nicht zu erwarten, auf diese Weise eine große Masse an Menschen zu organisieren. Deshalb sieht das Konzept des Organisationsdualismus zusätzlich Interessenorganisationen vor. Dies können z. B. anarchosyndikalistische Gewerkschaften wie die FAU sein oder stadtpolitische Bündnisse gegen Gentrifizierung und Zwangsräumungen. Diese Organisationen helfen zum einen anarchistischen Aktivist*innen, die sich eben nicht nur abrackern und auf die Revolution warten müssen, da sie jetzt schon Verbesserungen für sich erkämpfen können.

## Breite Partizipationsmöglichkeiten

Zum anderen können Interessenorganisationen die Homogenität der Bewegung abschwächen. Die anarchistische Bewegung ist größtenteils jung und besteht aus nur wenigen Frauen oder Menschen mit Migrationshintergrund. Da unmittelbare Interessen eben den meisten Menschen wichtiger sind als Utopien, kann die FAU auch rumänische

Bauarbeiter organisieren, die sich wohl noch nie mit anarchistischen Theoretiker*innen auseinandergesetzt haben und auch nicht sofort damit anfangen werden Kropotkins Memoiren zu lesen.

Für eine breite Bewegung braucht es auf jeden Fall sowohl verschiedene Inhalte als auch verschiedene Formen der Partizipation. Verschiedene Inhalte, weil eine Hausfrau, die nicht lohnarbeitet, wohl nicht Mitglied einer Gewerkschaft werden will; aber auch verschiedene Formen, weil politisch aktiv sein mehr bedeutet als Aufrufe zu schreiben, Flyer zu verteilen und dann eine Demo zu organisieren. Die fehlende Kreativität in Teilen der Bewegung führt zu fehlender Effizienz (das einfache, geschriebene Wort ist heute wohl allein nicht mehr in der Lage, die revolutionären Massen aufzustacheln) und zu fehlender Breite in den Gruppen (weil nur die Leute mitmachen, die sich hinter Bergen von Texten immer noch wohl fühlen). Dabei ist die Beteiligungsschwelle bei der anarchistischen Bewegung sowieso schon sehr hoch: Wir haben keine formellen passiven Mitgliedschaften, keine Listen auf Wahlzetteln, keine Onlinepetitionen; wer dabei sei will, muss auch wirklich was tun. Wenn aber das niedrigschwellige Angebot nur sehr eingeschränkt ist, dann sollten die Partizipationsmöglichkeiten wenigstens so vielfältig, interessant und (ohne Szenekenntnisse) machbar sein wie möglich.

## Außenwirkung

Die anarchistische Bewegung ist homogener als sie sein könnte und unsere Außenwirkung ist auch deshalb - aber keineswegs nur deshalb - häufig schlecht. Beginnen wir mit etwas alltäglichem, nämlich mit Demonstrationen. Zu oft bestimmt ein schwarzer Block die Außenwirkung. Es ist unbestritten, dass dieser in gewissen Situationen durchaus nützlich sein kann. Jedoch sollte man sich im Klaren sein, dass viele Menschen dadurch abgeschreckt werden, sich mit unseren Inhalten auseinanderzusetzen, wenn ein Haufen in schwarz gekleideter Menschen in Schildkrötenformation[1] “Nie wiederDeutschland“ rufend durch die Straßen marschiert.[2] Dies ist eine unglaublich schlechte und plumpe Darstellung unserer Bewegung, welche einen so reichen Ideenfundus bietet, um gesellschaftliche Probleme zu lösen. Es sei noch erwähnt, dass unseren Erfahrung nach (in Alltagsgesprächen, auf der Arbeit etc.) Ideen, welche wir vertreten sehr positiv wahrgenommen werden. Solche oben beschriebenen Außendarstellungen bei „offiziellen“ Auftritten wirken jedoch sicherlich öfters feindlich auf Außenstehende, als dass sie als gute, seriöse Alternative zum bestehenden wirtschaftlichen und politischen System wahrgenommen werden. Des Weiteren lädt solch ein Auftreten sicherlich nicht viele ein sich mit uns auseinanderzusetzen und verstärkt sogar eher die gesellschaftliche Isolation, in der wir uns befinden.

Unserer Meinung nach soll eine Demo unsere Inhalte an die Öffentlichkeit herantragen, das heißt im besten Fall die Meinung von Menschen bilden, bzw. beeinflussen und dazu einladen sich mehr mit unseren Inhalten auseinanderzusetzen. Dies ist wohl am besten möglich, wenn der Auftritt offen wirkt und wir von der Bevölkerung als ihresgleichen wahrgenommen werden. Als positives Beispiel wirkten für uns die Demonstrationen der kurdischen Bewegung während der Schlacht um Kobane. Ganze Familien, von Großeltern bis zu Kindern und Jugendlichen beteiligten sich und die Demos wirkten offen und nicht aus einer Szene, sondern einer Notwendigkeit geboren. Und die Demonstrationen für die Arbeiter*innen der Mall of Berlin wurde vom kommunistischen Lower Class Magazine als sinnvollste Demo in Berlin im ganzen Jahr bezeichnet. Man sollte sich auch überlegen, welche Rufe auf Demonstrationen nützlich sind und welche abschreckend wirken. Zwar mögen viele der Parolen inhaltlich richtig sein, jedoch kennen viele Menschen den Hintergrund von Rufen wie „Nie wieder Deutschland“ nicht oder schütteln bei „...für mehr Staatszerlegung“ nur den Kopf, da sie nicht wissen, dass damit der Aufbau der Gesellschaft nach dem Räteprinzip gefordert wird. Solche Parolen produzieren in den Köpfen von Außenstehenden ein sehr negatives Bild vom Anarchismus. Dieses wird durch Plakate, auf welchen auf dem Kopf liegende Autos zu sehen sind und die mit der Überschrift „Make Anarchism a Threat again“ versehen sind, nur verfestigt. Gleichzeitig wird damit auch eine Gleichsetzung von Anarchismus mit Jugendsubkultur gefördert. Wünschenswerter und produktiver wäre ein sich schöpferisch, kreativ und partizipatorisch darstellender Anarchismus - also einer, der ein positives Bild vermittelt - als ein Anarchismus, der sich zerstörerisch darstellt und damit die vorherrschende Meinung, dass Anarchie nur Chaos und Randale ist, fördert. Wenn man bedenkt, dass Staat und Polizei auf agent provocateurs setzen, um Randale herbeizuführen und den Anarchismus zu diskreditieren, ist es verwunderlich, dass selbst Anarchist*innen so ein negatives Klischee bedienen. Eine kritische Reflexion der eigenen Tätigkeiten bezüglich Wirkung und Nutzen für die anarchistische Bewegung wäre wünschenswert.

Es ist ein Vorteil mancher Anarchist*innen wie z.B. der Graswurzelrevolution[3], das positive und emanzipative an unserer Bewegung zu betonen. Denn der Anarchismus ist eben für den Großteil der Bevölkerung keine Bedrohung, sondern sollte die Hoffnung auf ein besseres Leben in einer solidarischen und freiheitlichen Gesellschaft sein. Diesem Großteil sollten wir die Möglichkeit anbieten, Anarchist*innen zu sein, ohne deshalb in eine Szenesubkultur eintreten zu müssen. Als ganz normale Menschen, Rebellinnen und Rebellen.

*Fußnoten:*

*[1] An allen Seiten Transparente, zusammengebunden und möglichst hochgehalten, damit niemand erkannt wird.*

*[2] Diese Aussage ist bewusst etwas überspitzt formuliert, um zum Nachdenken anzuregen.*

*[3] Deren Ansichten wir deswegen nicht vollkommen teilen, u. a. fehlt uns der Klassenstandpunkt.*

# Ungewollter “Ruhm” – Der Verfassungsschutz hat uns im Blick

**Ein kurzes Statement der Anarchistischen Initiative Ortenau zu ihrer Nennung im aktuellen, baden-württembergischen Verfassungsschutzbericht**

★ *Von: Anarchistische Initiative Ortenau*

*“Anarchistische Gruppen befinden sich weiter im Aufwind. Im Februar 2014 veröffentlichte eine Ende 2013 neugegründete „Anarchistische Initiative Ortenau“ auf „linksunten. indymedia“ ihr Selbstverständnis. Entgegen ihrem Ideal einer „Gesellschaft ohne Gewalt und Herrschaft“, heißt es darin u.a., sei der Kapitalismus „eine der stärksten Formen von Herrschaft“ mit tödlichen Folgen für Mensch und Natur. Der „bürgerliche Rechtsstaat“ wiederum ermögliche durch seine Gesetzgebung „das Funktionieren des Kapitalismus. Dadurch sind Staat und Kapitalismus heutzutage untrennbar miteinander verbunden.“ Die Gruppe will mit ihrem Wirken „schon heute“ ihren Teil zur Verwirklichung einer „anarchistische[n] Gesellschaft“ beitragen.”*

(aus dem Verfassungsschutzbericht für Baden-Württemberg, S. 217, dritter Absatz)

Am 31.05.2015 wurde der Verfassungschutzbericht für Baden-Württemberg veröffentlicht. In ihm werden wie jedes Jahr alle Gruppen und Entwicklungen zusammengefasst und beschrieben, die in den Bereich des § 3 Abs.1 BVerfSchG fallen:

> *Bestrebungen, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,*
>
> *sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,*
>
> *Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,*
>
> *Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 Abs. 2 GG), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Art. 26 Abs. 1 GG) gerichtet sind.*

Mit ihm soll im Rahmen des Konzepts „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ ein Beitrag zur „geistig-politischen Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen des Extremismus“ geleistet werden.

Nun wurde auch uns die zweifelhafte Ehre zuteil, in ihm genannt zu werden. Wir seien ein Teil des Aufwindes, in dem sich anarchistische Gruppen befänden. Ja, das haben die Staatsschnüffler*innen gut beobachtet: Seit einigen Jahren gründen sich mehr und mehr anarchistische Gruppen, Netzwerke und Föderationen. Und wir sind ein Teil davon. Wie im Bericht gut erkannt – wenn auch merkwürdig formuliert – treten wir für eine Gesellschaft ohne Gewalt und Herrschaft ein und lehnen darum natürlich auch den Kapitalismus und den bürgerlichen Rechtsstaat ab. Dessen Verfassung soll durch die Bundes- und Landesbehörden des Verfassungsschutzes geschützt werden. Wir wollen hier jetzt nicht billig auf der Zusammenarbeit mit dem “NSU” herumreiten oder auf die Tatsache hinweisen, dass es heute ohne die intensive und fachlich präzise Mitarbeit seiner V-Leute keine so breit aufgestellte NPD gäbe, wollen aber kurz bezweifeln, dass der VS seine ursprüngliche Arbeit auch nur in Ansätzen verstanden hat (Die wir, wenn er sie denn “richtig” machen würde, immer noch scheiße fänden.).

Nein, wir wollen schreiben, dass wir es gar nicht “toll” oder “cool” finden, dass wir im Bericht auftauchen. Dass wir genannt werden, wundert uns nicht wirklich, wir finden es trotzdem unheimlich. Es ist keine irgendwie geartete “Auszeichnung”, die uns “adelt” oder uns in der linksradikalen und anarchistischen Bewegung radikal erscheinen lässt. Sie zeigt uns, dass wir im Visier der Schnüffler*innen stehen. Und das macht etwas mit uns als Menschen und als Gruppe. Es ist ein Wink mit dem staatlichen Repressionszaunpfahl: Wir haben euch auf dem

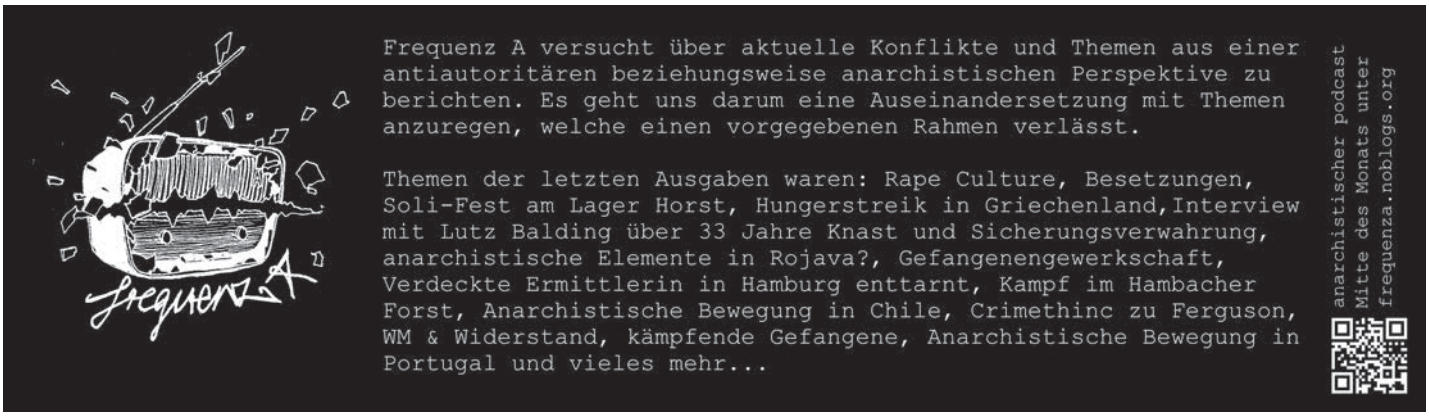
Kieker! Die beabsichtigte Wirkung lässt sich mit der von - den öffentlichen Raum überwachenden - Videokameras vergleichen: Wenn mensch weiß, dass er*sie überwacht wird, verhält er*sie sich anders, vielleicht angepasster.

Aber nichts desto trotz werden wir uns vor dem Zaunpfahl nicht wegducken und uns nicht einschüchtern lassen: Im Gegenteil, wir werde weiter für eine befreite Gesellschaft eintreten, gegen die unmenschlichen Zumutungen des Kapitalismus kämpfen und gegen die normierenden Zwänge des Staates aufmucken.

Verfassungsschutz auflösen.
Geheimdienste abschaffen.
Für die Anarchie!

*Den Verfassungsschutzbericht für Baden-Württemberg 2014 findet ihr unter folgendem Link: https://linksunten.indymedia.org/de/node/146892*

*Website der Anarchistischen Initiative Ortenau: https://aiog.noblogs.org/*




*Anzeigen*

# Eine befreite Gesellschaft und Gewalt oder: Warum Knäste unnötig sind!

**Wie oft begegnen Anarchist*innen folgendem Satz "Das klingt ja alles schön und gut, aber wie denkst du, sollte in einer herrschaftsfreien Gesellschaft der Umgang mit Gewaltverbrecher*innenn und Straftäter*innenn aussehen?" Darauf werde ich im folgenden Text versuchen, einige Antworten zu finden.**

★ *Von: Anton Anders*

Doch vorher noch ein paar Worte: Der Anarchismus propagiert keine Lösungen zu sämtlichen sozialen Frage- und Problemstellungen, sondern er versucht, verschiedene Lösungsansätze auf dem Weg zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft aufzuzeigen. Wie wir zu dieser Gesellschaft gelangen, ist den Akteur*innen, die sich einhergehend mit der Befreiung ihres eigenen Individuums auf diesen Weg begeben, selbst überlassen. Eine herrschaftsfreie Gesellschaft, die totale Anarchie, stellt ein Ideal dar, welches bereits in seinem Begriff die Existenz von Gewaltverbrechen ausschließt und davon ausgeht, dass sich sämtliche Individuen von ihren Herrscher*innen emanzipiert haben.

Was Anarchist*innen, sofern sie sich als solche verstehen, jedoch einstimmig beantworten können, ist die Frage, ob es irgendeine Legitimation für Knäste gibt: Nein! Weder im herrschenden System und noch weniger in einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Knäste und sonstige Strafanstalten im Heute sowie in der Vergangenheit erfüllten vor allem folgende Zwecke: Den Schutz der bestehenden Ordnung, folglich den Schutz von Staat und Kapital. Die notwendige Legitimation dafür erschleichen sich die Mächtigen aus Wirtschaft und Politik beispielsweise über die polizeiliche oder gerichtliche Durchsetzung des sogenannten Privatrechts, gemeint ist damit das Recht, welches die Beziehungen zwischen Menschen untereinander definiert. Das heißt, der Staat tritt an dieser Stelle als vermeintlicher Konfliktlöser auf. Das führt nicht nur dazu, dass Menschen das Gefühl vermittelt bekommen, in einer Abhängigkeit zum Staat zu stehen, welcher an dieser Stelle die vermeintliche helfende Hand darstellt, sondern es führt auch dazu, dass Menschen schlicht nicht lernen, Konflikte gewaltfrei miteinander zu lösen. Diese staatliche Aufgabe als Vermittlungsinstanz in Streitigkeiten täuscht jedoch nur über den eigentlichen Sinn dieser Institution hinweg: Der Schutz von staatlichem und kapitalistischem Eigentum. Bei fast 60 % aller aufgenommen Straftaten im Jahre 2014 handelte es sich um Vermögens- oder Eigentumsdelikte, ganz zu schweigen von den restlichen 25 % als Straftaten bezeichneter Handlungen, worunter beispielsweise Verstöße gegen das Aufenthalts- und Asylrecht oder Cannabisdelikte fallen, welche aus der Ungerechtigkeit des Systems heraus resultieren. So sieht es der Staat als seine vornehme Aufgabe an, gegen Ladendiebstähle, Schwarzfahren, Ticketfälschung und illegale Downloads als Widerstandsakte gegen eine ungerechte Ökonomie, aber auch gegen das Aufbegehren gegen die herrschendeOrdnung mit jeglichen phantasievoll zusammen gesponnen Kriminalisierungen vorzugehen. Knäste dienen dem Staate dazu, seine Schäfchen wieder auf den rechten Weg zu bringen und handzahm zu machen und sie statuieren lediglich Exempel für die Menschen, welche sich vielleicht gerade auf der Schwelle befinden, um gegen den kapitalistischen Normalzustand in Form wirtschaftsschädigender, direkter Aktionen zu rebellieren.

Das Privateigentum und der selbstsüchtige Wettbewerb zwischen den Individuen im Kapitalismus um dessen Vermehrung bis ins Unermessliche macht, wie so viele erst an ihrem Lebensabend feststellen, zwar nicht glücklich, aber es stellt immer noch einen Grundpfeiler im kapitalistischen System dar. Die Zurschaustellung von Reichtum in Form von Unmengen angehäufter materieller Güter spielt heute bis in die untersten Gesellschaftsschichten eine bedeutende Rolle. Wo vor über 100 Jahren noch ein lebendiger Kampf von Arbeiter*innen um den Gemeinbesitz an Produktionsmitteln in vielen Erdenteilen herrschte, herrscht heute in vielen Teilen Ohnmacht und der Blick nach oben bis ans Lebensende vor. Anarchist*innen schließen keinen Frieden mit einem staatlich geschützten Eigentum, welches für den Profit weniger produziert wurde und zur Ausstattung der konkurrierenden Massen im Kampf um Ansehen und materiellen Wohlstand dient. Eine herrschaftsfreie Gesellschaft kann weder im Konkurrenzkampf der Individuen noch in kapitalistischer Ausbeutung bestehen. Sie basiert vielmehr auf einer Verschmelzung der einzelnen Individuen und deren naturgegebenen Fähigkeiten und Interessen mit der Gemeinschaft. Eine herrschaftsfreie Gesellschaft presst uns nicht in Normen, in denen wir ein Leben lang verdammt sind zu existieren, sie schafft keine künstlichen Bedürfnisse in Form ständiger, minimaler Weiterentwicklungen ganz im Sinne der Profitmaximierung. Schlussendlich entfällt in einer herrschaftsfreien Gesellschaft die im Jetzt noch existierende (scheinbare) Notwendigkeit, sich aufgrund materieller Besitztümer profilieren zu müssen. Die Ausbeutung fremder Bedürfnisse mit der Herrschaft über Eigentümer wird somit der Vergangenheit angehören, ebenso vermeintliche Delikte, die mit dem Eigentum in Zusammenhang stehen. Ein Großteil der Gründe, die Knäste im heute scheinbar rechtfertigen, gehören somit ebenfalls der Vergangenheit an.

Es bleiben Gewaltverbrechen übrig. Das gegenwärtige System stellt ein Gewaltverbrechen an der Menschheit per se dar: an unzähligen ausgebeuteten Kindern, die in maroden Fabriken arbeiten müssen, an den Kindersoldaten, die Gesteinsminen überwachen, aber auch an den Angestellten, die in vollster Erniedrigung um jede Gehaltserhöhung betteln müssen. Nicht zuletzt begeht das System ein Verbrechen an Natur und Umwelt. Es kann also eigentlich nur noch besser werden. Aufrechterhalten wird das System durch überwiegend weiße Männer, wahlweise als Firmenboss, als Politiker im Nadelstreifenanzug oder als Offizier in Uniform. Diese Männer lehren uns das Patriarchat: Mit Dominanz, Durchsetzungsvermögen, Durchhaltekraft und einer gehörigen Portion Abgebrühtheit können wir es schaffen, uns gegen die Schwachen durchzusetzen um unseren eigenen Vorteil daraus zu ziehen. Diese höchst entmenschlichenden Eigenschaften sind in nicht unerheblichem Maße an der Aufrechterhaltung des Kapitalismus beteiligt. Eigenschaften, die historisch gesehen mit Männlichkeit verbunden waren und auch noch heute vorwiegend durch Menschen repräsentiert werden, die sich dem männlichen Geschlecht zuschreiben.

Die Reproduktion des Patriarchats beginnt bereits in der bürgerlichen Kleinfamilie: Der Mann als sogenanntes starkes Geschlecht gilt als Beschützer der Familie, von Frau und Kind, und schiebt sich damit automatisch in eine autoritäre, dominierende Position. Frau und Kind werden so von vornherein entmachtet und als vermeintlich schwache Wesen kommt ihnen eine Position zu, die überwiegend wahlweise zu Sexualdelikten an Frauen oder Übergriffen an Kindern infolge von Machtmissbrauch führen kann. In einer Gesellschaft jedoch, in der Kinder als gemäß ihrem Entwicklungsstand eigenständig denkende und sich entfaltende Individuen anerkannt werden, in dem Frauen sich vollständig vom Joch männlicher Herrschaft emanzipiert haben, wären solche Delikte schlicht nicht denkbar.

Schlussendlich bleibt zu sagen: Wir haben einen Scherbenhaufen vor uns liegen, und diesen gilt es, aufzuräumen. Es gibt keine vernünftigen Ausreden, an den bestehenden Verhältnissen festzuhalten, denn diese richten wesentlich mehr Schaden an als sie irgendwem zu Glück und Zufriedenheit verhelfen. Es ist an uns, die Grundsteine für eine herrschaftsfreie, gewaltlose Gesellschaft zu legen. Und sollten wir diese Gesellschaft noch zu Lebzeiten erreichen und das gewaltfreie Lösen von Konflikten jemandem mal nicht gelingen: Zeitweilige soziale Isolation halte ich für ein wesentlich probateres Mittel, Menschen zum Nachdenken anzuregen, als die Verrohung, die mit einem Aufenthalt in heutigen Gefängnissen einhergeht.

# Austerität, Freihandel und globale Eingriffe ins Streikrecht – Drei Aspekte derselben neoliberalen Politik

**Am 11. Dezember 2014 stellte Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) den Gesetzentwurf für eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit vor. Das heißt, in aller Kürze: Nur die mitgliederstärkste Gewerkschaft in einem Betrieb soll die Möglichkeit haben, einen Tarifvertrag auszuhandeln. Da das gerichtliche (nichtgesetzliche!) Streikrecht in Deutschland Streiks nur im Rahmen von Tarifverhandlungen vorsieht, bedeutet dies tendenziell, dass kleinere Gewerkschaften keine Tarife mehr aushandeln können und damit auch nicht streiken dürften.**

★ *Von: fauma4 / Ersterscheinung in Zeitschrift Tierra y Libertad, Ausgabe 75, Frühjahr 2015*

Die offizielle Argumentation für dieses Gesetz, die uns in den Medien entgegenschlägt, nennt zahlreiche Streiks von Berufs- oder Spartengewerkschaften, die der Volkswirtschaft schaden würden. „Englische Verhältnisse“ würden drohen: Gemeint ist damit das England der 1970er Jahre, das von zahlreichen Streiks geprägt war, bevor Margret Thatcher zum Generalangriff auf die Gewerkschaften blies.

Tatsächlich ist das ziemlicher Unsinn. Es sind nur sechs Berufsverbände, die eine eigenständige Tarifpolitik neben den Gewerkschaften des DGB anstreben. Lediglich drei von ihnen – der Marburger Bund, die Vereinigung Cockpit und die Gewerkschaft deutscher Lokführer – haben durch Streiks bessere Tarifverträge abschließen können. Alle diese Berufsverbände sind schon seit Anfang der 2000erJahre aktiv und es ist nicht absehbar, dass sich mehr streikmächtige Berufsverbände bilden, zumal dies ebenfalls 2014 gesetzlich erschwert wurde.

Der wirkliche Grund für eine Einschränkung des Streikrechts liegt woanders:

„Fast alle großen Fluglinien wie die Lufthansa und British Airways sind dabei, billige Fluglinien mit geringeren Löhnen einzuführen. Im Bahnverkehr sind in vielen Ländern scheibchenweise ablaufende Privatisierungen und seit vielen Jahren Lohnkürzungen im Gange. Damit diese Veränderungen nicht zu Blockaden dieser Transportmittel durch streikende Beschäftigte führen, will die Bundesregierung ein neues Gesetz erlassen: Das Gesetz zur Tarifeinheit dient damit unmittelbar der politischenund repressiven Absicherung von Lohndumping in den Verkehrsbetrieben [...]“ erläutert Jörg Nowak (express 12/2014).

Das heißt konkret: ein Gesetz, dass das Streikrecht definitiv einschränken wird, auch wenn es wörtlich im Gesetz keine Erwähnung findet, sorgt für weniger Unruhe, wenn exakt die Privatisierungen und Lohnkürzungen in Kraft treten, die u.a. Freihandelsverträge wie TTIP, TISA und CETA vorsehen! Die Gefahr dieser Freihandelsverträge besteht nicht so sehr darin, dass durch ihre Ratifizierung plötzlich alles anders wäre, sondern das mit Berufung auf diese Verträge peu àpeu weitere Privatisierungen und Deregulierungen durchgesetzt werden.

Dann käme es auf effektiven Widerstand in den konkreten Fällen an – und um genau diesen letztlich zu kriminalisieren, werden jetzt die Voraussetzungen geschaffen. Die versuchten Einschränkungen des Streikrechts beschränken sich entsprechend in Deutschland schon lange nicht mehr auf die gesetzliche Tarifeinheit, sondern es mehren sich Vorschläge für Zwangsschlichtungen und Einschränkungen des Streikrechts in der Daseinsfürsorge – wozu auch der privatisierte Transport gezählt wird.

## Troika-Strategie

Wem das bislang nicht bekannt vorkommt, der*die sollte sich die Anforderungen der Austeritätspolitik im Verhältnis zu den Eingriffen in die Tarifautonomie in den Staaten Südeuropas anschauen: In Spanien etwa bedeutet das Real Decreto-Ley3/2012 vom 10.02.2012 die bis dato schärfste Einschränkung der Tarifautonomie: Der Kündigungsschutz wurde mit dem Gesetz drastisch reduziert, kollektive Entlassungen müssen nunmehr weder staatliche genehmigt noch mit Betriebskomitees oder Gewerkschaften verhandelt werden, die Unternehmen können mit wirtschaftlicher Begründung ohne Verhandlungen aus Tarifbindungen ausscheren (ähnlich wie in Deutschland seit 2006 Unternehmen auch während Tarifverhandlungen in eine „OT-Mitgliedschaft“ [OT = ohne Tarifbindung] in den Arbeitgeberverbänden wechseln können), sowie Lohnkürzungen und einer einseitigen Aufkündigung des sozialen Dialogs und billigen Massenentlassungen ohne Gegenwehr gegenüber“ (WSI-Mitteilungen 5/2013).

Die hohe Zahl politischer Generalstreiks in Südeuropa, insbesondere in Griechenland, hat auch mit diesen Einschränkungen der Tarifautonomie zu tun: Streiks gegen die Unternehmen sind schlicht kaum noch durchführbar. An den griechischen Generalstreiks nehmen in Folge dessen auch kaum Industriearbeiter*innen mehr teil, sondern in erster Linie Angestellte des Öffentlichen Dienstes und gutausgebildete prekär Beschäftigte aus dem Dienstleistungsbereich. Die Streikmacht des Kerns der Arbeiter*innenschaft ist bereits gebrochen. Zur Zerschlagung des griechischen Tarifsystems gehörte eine 20-prozentige Reduzierung des Mindestlohns, die auch von der ILO (International Labour Organisation) „als offener Verstoß gegen die Tarifautonomie“ gewertet wurde, so Thorsten Schulten in der Gegenblende (Mai/Juni 2013). Thorsten Schulten fasst die Troika-Strategie bezüglich der Zerschlagung gewerkschaftlichen Widerstands in vier Punkten zusammen: Abschaffung von landesweiten Tarifbindungen, Schaffung von Abweichungsmöglichkeiten vongeltenden Tarifverträgen, massive Reduzierung von Allgemeinverbindlichkeitsregelungen und Brechung gewerkschaftlicher Verhandlungsmonopole.

Arbeitszeitverlängerungen anordnen und schlussendlich entfällt die Nachwirkungvon ausgelaufenen Tarifverträgen nach einem Jahr. Holm-Detlef Köhler und JoséPablo Calleja Jiménez zeigen auf, dass diese Reform bislang weder, wie offiziell argumentiert, die Beschäftigung gefördert noch die Flexibilität im Arbeitsalltag beeinflusst habe:

„Das implizite Ziel einer Machtverschiebung zugunsten des Unternehmerlagers wurde dagegen erreicht, denn die Gewerkschaften sehen sich einer Unternehmeroffensive in den Tarifverhandlungen,

Gerade der letzte Punkt scheint das genaue Gegenteil eines „Tarifeinheitsgesetzes“, wie es in Deutschland geplant ist, zu sein. Tatsächlich aber sind sich die meisten Arbeitsrechtsexpert*innen (auch jene auf Unternehmensseite) einig, dass das Gesetz die zwischengewerkschaftliche Konkurrenz eher fördert, da diese sich ja nach aller Kraft bemühen müssen, die jeweils mitgliederstärkste Gewerkschaftzu werden. Exemplarisch kann man dies am Konkurrenzkampf zwischen GDL und EVG beobachten. Die „mitgliederstärkste Gewerkschaft“ kann aber auch recht einfach eine

vom Unternehmen selber etablierte gelbe Gewerkschaft werden.

Die Stoßrichtung ist dieselbe und wird von der Europäischen Kommission auch sehr unverblümt benannt: „decrease the bargaining coverage or(automatic)extension of collective agreements" – also die Verringerung der Tarifbindung – und, noch wesentlich deutlicher, eine „reduction in the wagesetting power of trade unions" - also eine geplante Zerschlagung der Organisationsmacht der Gewerkschaften.

## Konventionen kein scharfes Schwert

Die Konventionen der ILO scheinen diesen Entwicklungen entgegenzustehen. Aber die ILO-Konventionen sind kein scharfes Schwert: Mehr als Ermahnen und Rügen kanndie ILO nicht. Nichtsdestotrotz haben ILO-Konventionen natürlich einen hohen Wert in der Setzung rechtlicher und ethischer Standards sowie als Bezugspunkt für nationale Rechtssprechungen. Deswegen hat die Initiative aktion ./. arbeitsunrecht e.V. – Initiative für Demokratie in Wirtschaft & Betrieb schon vor geraumer Zeit eine Unterschriftenaktion gestartet, die das Thema TTIP vor allem vor dem Hintergrund der von den USA nicht ratifizierten ILO-Konventionen betrachtet. Die USA haben die Konventionen zur Koalitionsfreiheit (in Deutschland GG Art. 9, Abs. 3; das Recht, Gewerkschaften zu gründen), zu Tarifverhandlungen, zur Abschaffung von Zwangs-und Pflichtarbeit, zu gleichem Lohn, zu Kinderarbeit und zur Diskriminierung nicht ratifiziert. Mit der Geltendmachung von TTIP besteht auch hier die Gefahr eines Angleichs nach unten.

Die Konventionen der ILO stehen aber auch in der ILO selber unter Beschuss. Schließlich ist die ILO nicht so etwas wie eine globale Gewerkschaft, sondern ein tripartistisch besetztes Gremium der UNO, d.h., hier diskutieren Gewerkschafts-, Unternehmens- und Regierungsvertreter*innen gemeinsam, was sie für sinnvolle Arbeitsrechte bzw. Arbeitsschutzmaßnahmen halten. Und das ist in Zeiten des gewünschten Freihandels und der zu bekämpfenden Krise nicht gerade das Streikrecht.

Im Gegenteil: Auch in der ILO laufen die Initiativen zur Einschränkung des Streikrechts auf Hochtouren. Konkret geht es um die ILO-Konventionen 87 und 98, also um die Koalitions- und Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen. Seit 2012 argumentiert die Unternehmer-Fraktion in dem ILO-Gremium Committee of Experts, dass ein Streikrecht nicht Bestandteil dieser Konventionen sei und dass das Komitee nicht mandatiert sei, die Konventionen entsprechend zu interpretieren. Bisher wurden diese Konventionen immer, ähnlich wie das GG Art.9 Abs.3, als Grundlage eines Grundrechts auf Streik (wenn auch lediglich als „ultima ratio")interpretiert – eines individuellen Streikrechts übrigens, das also eigentlich weder an Gewerkschaftsmitgliedschaft noch an Tarifverhandlungen gebunden ist. Der Unternehmerseite geht es nun darum, zu verhindern, dass aus dieser Interpretation geltendes Recht wird. Armin Schuhmacher fasst zusammen (in express 12/2014): „Wenn es kein anerkanntes internationales Recht auf Streik und auch keinerlei funktionierende Überwachung mehr gibt, sind Sozialstandards in Handelsabkommen (und anderswo) wirkungslos. Weder Staaten noch Konzerne sind dann noch für deren Verletzung zu kritisieren oder gar rechtlich zur Verantwortung zu ziehen".

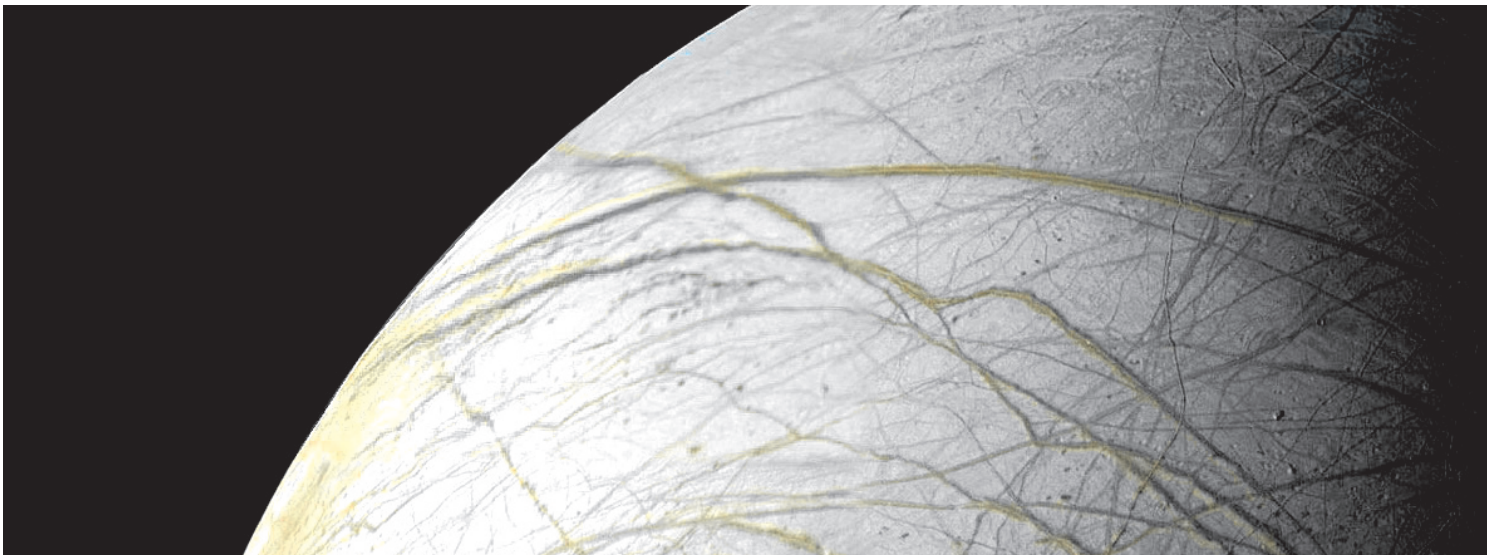
## TTIP/TISA

Schuhmachers Hinweis ist deutlich: Die „Sozialstandards in Handelsabkommen" verweisen natürlich auf die aktuellen TTIP- und TISA-Verhandlungen sowie auf die Ratifizierung von CETA: „Wenn das Recht auf Streik im ILO-System nicht mehr unzweifelhaft garantiert ist, können Konzerne nationale Streikrechte als profitschädigendes Handelshemmnis betrachten [...] und [...] Milliarden an Entschädigungen einklagen" (ebd.).

Dass es letztlich bei all diesen Initiativen zur Brechung, Beugung und Abschaffungdes Streikrechts darum geht, den Widerstand gegen Freihandel und Austeritätspolitik zu brechen, macht Schuhmacher anhand eines im Internet zu findenden Gesprächs von 2011 über Reformen des Streikrechts in England deutlich: „Hintergrund sind die zunehmenden Proteste und Streiks gegen die Kürzungs- und Privatisierungspolitik in Großbritannien (und anderswo) in Folge der Finanzkrise" (ebd.). „Englische Verhältnisse" sind heute eben nich tmehr massive Streiks, sondern vielmehr ein Streikrecht, das aktuell wesentlich restriktiver ist als z.B. das deutsche.

TTIP ist zu verstehen als Instrument zu einer Wiedererlangung wirtschaftlicher Vormachtstellung der USA und Deutschlands (als Leitmacht der EU) gegenüber den Staaten des globalen Südens und gegenüber den eigenen arbeitenden und armen Klassen. „Die [gesetzliche, Anm. d.A.] Tarifeinheit ist ein Puzzlestück in diesem Vorhaben" (ebd.)

Anzeigen



# Europa anders machen? Dieses Europa?

**Unter dem Titel „Europa.anders.machen. demokratisch – solidarisch – grenzenlos“ rief am 20. Juni 2015 ein breites Bündnis aus Parteimitgliedern, Gewerkschafter_innen, Antifagruppen, Journalist_innen und NGOs zu einer Demonstration auf.**

★ *Von: Gruppe jimmy boyle (www.gegner.in)*

Die Armut in Europa nimmt zu: In Deutschland gibt es immer mehr Leute, die vom Existenzminimum leben müssen, immer mehr Menschen arbeiten als working poor im Niedriglohnsektor und in den Krisenländern des europäischen Südens breitet sich absolute Armut aus: Familien schlafen unter Brücken, Leute ziehen wieder aufs Land, um sich aus eigenem Anbau ernähren zu können und medizinische Versorgung wird Mangelware. Gleichzeitig versuchen immer mehr Menschen aus anderen Teilen der Welt, vor dem Schrecken dort nach Europa zu fliehen und werden, wenn sie nicht bei dem Versuch ertrinken oder am Stacheldraht hängenbleiben, meist unter elenden Bedingungen in Auffanglagern und Heimen eingepfercht. Das ist tatsächlich Grund genug, wütend zu werden. Sehr fraglich ist allerdings, ob die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten dazu da sind, so etwas zu verhindern.

## Solidarisch?

Die Europäischen Staaten organisieren ihre Ökonomien marktwirtschaftlich. Konkurrenz ist bei ihnen also nicht erst das herrschende Prinzip, weil „das Dogma des Neoliberalismus als alternativlos gilt“[1], sondern ganz prinzipiell, qua Verfassung: In den Staaten der EU sind Freiheit, Gleichheit und Eigentum garantiert. Wer Eigentum hat, darf damit frei umgehen, also auch alle anderen davon ausschliessen. Wer genug Geld hat, kann alles kaufen, was sie braucht um Dinge zu produzieren und von allen, die diese Dinge brauchen, etwas dafür verlangen. Wer nicht genug Geld hat, um selbst produzieren zu lassen, dem bleibt – frei wie er ist – nichts anderes übrig, als zu versuchen, das einzig bedeutsame Eigentum, das er hat, zu verkaufen: seine Arbeitskraft. Damit ist die Gesellschaft schon mal ganz grundsätzlich in zwei Gruppen mit gegensätzlichen Interessen gespalten: In die Leute, die darauf angewiesen sind, eine möglichst angenehme Arbeit für möglichst viel Lohn zu finden und möglichst wenig für Produkte zu bezahlen auf der einen und auf der anderen Seite die Leute, die möglichst viel Arbeit für möglichst wenig Geld kaufen und das Produzierte möglichst teuer verkaufen wollen.[2] Diese Gegensätze werden mit der staatlich garantierten Gleichheit bestätigt: Die materielle Ungleichheit bleibt gerade bestehen, wenn Menschen mit ganz verschieden viel Eigentum vor dem Gesetz gleich behandelt werden. Dass alle Aktien kaufen dürfen und niemand in U-Bahnhöfen schlafen darf, hilft nicht gegen Armut.

Für die Mehrheit der Menschenbedeutet diese Trennung, jeden Monat von Neuem beim „Arbeitgeber“ antanzen zu müssen und unter Bedingungen zu arbeiten, die dazu da sind, Geld zu vermehren – nur leider nicht das eigene (das ist spätestens am Ende des Monats wieder alle). Und für eine nicht unbedeutende Minderheit geht die elende Konkurrenz um Arbeitsplätze, das seit der frühen Schulzeit eingeübte Bloß-nicht-schlechter-Sein-als-die-anderen, sogar so schlecht aus, dass sie nicht mal das können – denn Arbeitsplätze gibt es nur, wenn sich mit ihnen Profit machen lässt. Diese Menschen dürfen dann – zumindest in den reicheren EU-Ländern – versuchen, mit dem sehr

ehrlich so genannten Existenzminimum über die Runden zu kommen und landen auf der Straße, wenn sie die dazugehörige Schikane nicht ertragen.

Diese europäischen Staaten bezahlen all ihre Tätigkeiten auch mit Geld, indem sie aus der von ihnen kapitalistisch eingerichteten Gesellschaft Steuern einziehen. Im Normalfall (wenn nicht z.B. grade ein Weltkrieg gemacht wird), machen sich die Staaten also abhängig davon, dass diese Art der Reichtumsvermehrung bei ihnen gut läuft. Damit haben sie nicht nur ein Interesse daran, dass die eigene Bevölkerung möglichst billig und effizient arbeitet, sondern zugleich, dass die Unternehmen, die bei ihnen beheimatet sind, am besten auch dadurch Geld vermehren, dass sie in anderen Staaten tätig sind (sei es, um dort Waren zu verkaufen, sei es, um die dortigen Menschen dazu zu benutzen, Waren zu produzieren). Damit ist auch zwischen den einzelnen Staaten ein sehr prinzipieller Gegensatz in der Welt: Jeder Staat versucht, bei sich möglichst gute Bedingungen der Geldvermehrung zu schaffen und die Bedingungen bei den anderen für die eigenen Unternehmen zu nutzen. So geht es dann los mit dem Standortmanagement: Wer hat die billigsten Arbeitskräfte? Wer die am besten ausgebildeten? Wo stehen die Autofabriken? Wo siedeln sich die meisten Biotech-Startups an?

An diesem Gegensatz ändert der Zusammenschluss zur Europäischen Union nichts: Die Mitgliedsstaaten haben ja gar nicht damit aufgehört, zu konkurrieren. Sie haben sich nur unter viel Streit gegenseitig den Zugang zu den eigenen Märkten und Arbeitskräft enerleichtert – jeder einzelne mit der Kalkulation, dadurch mit der eigenen kapitalistischen Vokswirtschaft in der Welt besser da zu stehen. Und in dieser Konkurrenz zählt Deutschland zu den Gewinnern und Griechenland zu den Verlierern: Die griechischen Supermarktregale sind voll von deutschen Produkten.[3]

Wenn also das ganze „Miteinander“ in der EU von Anfang an als Konkurrenz organisiert ist, was macht es dann für einen Sinn, im Nachhinein Solidarität mit den Verlierern zu fordern? Wenn man dagegen ist, dass es Verlierer gibt, muss man für das Ende dieser Wirtschaftsweise sorgen.

## Grenzenlos?

Auch die sogenannten „Entwicklungsländer“ sind inzwischen frei. Seit über einem halben Jahrhundert werden die Menschen dort nicht mehr mit Peitsche und Bajonett von westlichen Kolonialherren zur Arbeit gezwungen. Vielmehr dürfen sich diese Menschen, nachdem der Westen seine marktwirtschaftliche Ordnung mit Kriegen, Putschen, Embargos und nicht zuletzt der absoluten Feindschaftserklärung an den Realsozialismus über den Globus ausgedehnt hat, inzwischen auch – ganz frei – um Arbeitsplätze bemühen. Aber wo sollen die herkommen? Diese Länder sind ja mit nichts in die Freiheit gestartet, in die Konkurrenz der kapitalistischen Ökonomien auf dem Weltmarkt. Das,

was es an Rohstoffen gibt, wird gegen niedrige Lizenzgebühren von westlichen Konzernen abgebaut. Das, was sich an Nahrungsmittelproduktion entwickelt hat, wird von Europa durch überlegene Produktionsmittel und Subventionen kaputtkonkurriert und eine ernstzunehmende Industrie hatte sowieso nie eine Chance, sich zu entwickeln. Und immer, wenn sich diese Länder vor den Auswirkungen des Weltmarktes zu schützen versuchen (wenn sie Nahrung für die Bevölkerung subventionieren, wenn sie Einfuhrzölle erheben usw.), nutzt der Westen seine Überlegenheit, um das zu verhindern.[4] Die meisten Menschen in diesen Ländern sind damit überflüssig gemacht worden: Da der Zweck der kapitalistischen Wirtschaft nicht die Versorgung der Menschen, sondern die Vermehrung von privatem Reichtum ist, gelten Leute, die dafür nicht als Arbeitskräfte zu gebrauchen sind, als Überbevölkerung.[5]

So konnten auch nie Staatennach westlichem Vorbild entstehen: Für ein bürgerliches Staatsvolk braucht esreiche Menschen, die „investieren“, also andere gewinnbringend für sicharbeiten lassen und damit der armen Mehrheit einen Broterwerb bescheren,woraufhin sich beide Seiten dankbar auf den Staat beziehen können, da der ihre

Streitigkeiten per Gesetz regelt. Wenn hingegen das bisschen Geld, das ankommt, immer nur ausreicht, um die politische Elite zu entlohnen und nicht mal, um ein Gewaltmonopol durchzusetzen, also Polizei und Militär flächendeckend zubezahlen, dann herrscht in einer Marktwirtschaft natürlich das, was vom Westen immer bemängelt wird: Wahlbetrug, Korruption, Putsche und Bürgerkriege. [6]

Diesem Horror versuchen natürlich Menschen zu entfliehen, so chancenlos es auch ist. Aber warum sollte gerade die Europäische Union diese Menschen aufnehmen, wo sie doch selber erst die Ordnung in die Welt gebracht hat, vor deren Folgen die Leute fliehen? Wer ernsthaft ein grenzenloses Europa fordert, fordert die Abschaffung der EU und ihrer Bestandteile.

## Demokratisch?

Darüber, dass die Prinzipien der europäischen Staaten feststehen, und so z.B. in Deutschland Parteien mit Zielen jenseits der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (fdGO) höchstens unter Vorbehalt mit um Wähler*innenstimmen konkurrieren dürfen, garantiert die Wahl, dass die Herrschaft innerhalb des Bestehenden fortgeführt wird. Da bei der Wahl die Prinzipien der bürgerlichen Gesellschaft nicht zur Debatte stehen, ist sie das Verfahren, bei dem mit der Frage, wer regiert, die Tatsache, dass unter bestimmten Prinzipien regiert wird, immer wieder bestätigt wird.

Genau das macht das Wahlkreuzchen aus. Die Stimme wird abgegeben; was sich mit ihr an Unzufriedenheiten und Wünschen äußern ließe, wird mit dem Kreuz bei Personen bzw. Parteien irrelevant. Eine Wahl verwandelt Unzufriedenheit in ein erneuertes Mandat für eine Regierung. Es darf also entgegen dem bekannten Spruch eigentlich diejenige nicht meckern, die wählen war. Es kann zwar aus bestimmten Parteiprogrammen ausgewählt werden, ohne Garantie aber, was davon später realisiert wird. Relevante Unterschiede gibt es in den Programmen auch nur, wenn der nationale Erfolgsweg strittig ist – und Erfolg bezieht sich dabei immer auf eine dauerhaft ertragreiche kapitalistische Ökonomie im Land. Schon die Erfahrung zeigt, dass sich dieses Erfolgskriterium nicht ändert, wenn Grüne oder Linke an der Macht sind.

Die Forderung nach mehr Demokratie, nach basisdemokratischen Elementen wie Volksentscheiden usw., gibt es von links und rechts. An der Forderung hängt die Hoffnung, dass die Mehrheit sich für das entscheiden würde, was man selbst für richtig hält. Bei einem Berliner Mietenvolksentscheid würde wahrscheinlich die Mehrheit für die Verbilligung von Wohnraum stimmen. Doch wie wäre es, wenn über die Aufnahme von Flüchtenden abgestimmt würde? Ein Mehrheitsentscheid ist eben nur ein formales Verfahren, das den Inhalt der zu entscheidenen Frage gar nicht berührt. Und moderne Staatsbürger*innen, die gar keine Kritik an Eigentum und Tausch haben, sondern vielmehr an die vermeintlichen Sachzwänge der Standortkonkurrenz glauben und „ihrem“ Staat Erfolg wünschen, stimmen auch dementsprechend ab.

Wenn vom „We are the crisis“-Block „die Erpressung der Demokratie in Griechenland“ kritisiert wird, wird etwas vergessen: Es waren gewählte Volkvertreter*innen, die Griechenland als kapitalistischen Nationalstaat in die EU gebracht haben, in der Hoffnung, auf diese Art mit ihrer Volkswirtschaft in der weltweiten Konkurrenz besser da zu stehen. Und SYRIZA will damit auch gar nicht Schluss machen, sondern ein Varoufakis verkündet „den europäischen Kapitalismus vor sich selbst retten“ zu wollen. [7]

Zur kapitalistischen Ordnung gehören Konkurrenz, Erpressung, Verlierer, Überflüssige, Hunger- und Grenztote dazu. Und daran ändert sich nichts durch mehr Demokratie, sondern höchstens durch Leute, die etwas gegen diese Ordnung haben.

*Fußnoten:*

*[1] Demo-Aufruf (http://europa-anders-machen.net/aufruf)*

*[2] Diese Gegensätze sind hier extrem kurz dargestellt, ausführlich kann man sie in unserem Buch „Kapitalismus – Die Misere hat System“ nachlesen (www.gegner.in/die-misere-hat-system-kapitalismus). Dort ist z.B. erklärt, warum diese Gegensätze nicht durch „Gier“ zustande kommen und sich nicht durch netteres Verhalten der Beteiligten aus der Welt schaffen lassen.*

*[3] Welche Rolle dabei Währung, Staatsverschuldung und Krise spielen, kann man hier nachlesen: www.gegner.in/staatsverschuldung. Dass die EU ausserdem nicht gerade ein Friedens-, sondern vielmehr ein Weltmachtprojekt ist und wie dazu der Euro gehört, ist hier erklärt: www.gegner.in/was-deutschland-von-europa-will-die-europäische-krisenpolitik*

*[4] Jüngstes Beispiel: Kenia wollte das Freihandelsabkommen EPA nicht unterzeichnen, das die Nahrungsmittelproduktion im Land durch Importe aus Europa kaputtmachen wird, woraufhin Europa hohe Einfuhrzölle auf Kenias wichtigste Exportprodukte erhoben hat. Kenia hat schnell unterschrieben. (http://www.tagesschau.de/ausland/epa-afrika-101.html)*

*[5] Und das, während seit Jahrzehnten klar ist, dass die gesamte Menscheit locker zu ernähren wäre, wie z.B. der ehemalige UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, nicht müde wird festzustellen.*

*[6] Siehe hierzu z.B. unseren Text zu Mali: www.gegner.in/mali-und-noch-ein-anti-terror-krieg*

*[7] www.woz.ch/-5a79*

# Von den Irrungen im libertären Lager

## Eine Kritik der plattformistischen Bestrebungen in Spanien

★ *Von: Revista Argelaga, 20-06-2015 / Übersetzung: jt*

„Raus aus dem Ghetto", das ist ein Lied, das in großer Regelmäßigkeit in libertären Medien angestimmt wird. Doch angesichts des verworrenen Kontextes, in dem heute – per se marginale – soziale Kämpfe ausgefochten werden, bedeutet dies nichts weiter, als dass diejenige Person, die das Lied vor sich hin trällert, der wahrhaftigen Überdosis Aktivismus den Rücken kehren will. Sich in einen kurzsichtigen Veganismus, in einen rein grammatikalischen Feminismus, in die Lektüre von Foucault oder in den Punk zu flüchten, ist nichts weiter als eine völlig ungefährliche Methode, sich der tristen Realität anzupassen. Der blinde Voluntarismus oder Organisationsfetisch sind allerdings auch nicht besser. Das Ganze führt nirgendwo hin: heute wohlgenährt, morgen hungrig. Wir erleben aktuell Zeiten der Auflösung, wo es kaum Mobilisierung gibt, wo es keine kämpferischen und strahlenden Mehrheiten gibt, weswegen uns nichts anderes übrigbleibt, als die Gegenwart gut zu analysieren und die offenkundigen Widersprüche zu betonen, um auf diese Weise die Risse im System zu erweitern und den Aufstand zu schüren. Die Krise folgt ihrem eigenen Rhythmus: langsam und ohne jede Hoffnung, offen für die falschen Illusionen, die als Einzige heute in der Lage sind, Mehrheiten hinter sich zu versammeln. Die Augen vor den historischen Erfahrungen zu verschließen und in sinnloser Weise in den sauren, aber doch funkelnden Apfel zu beißen, nur um Gesellschaft zu haben und einem Ersatz für echte Aktionen zu frönen, wird das Problem nicht lösen, sondern es noch verschlimmern. Die Volksweisheit irrt an dieser Stelle: Nur weil wir viele sind, lachen wir deswegen nicht häufiger.

Wir glauben ernsthaft daran, dass die Präsenz von widerständigen Anarchist*innen in den sozialen Bewegungen zu einer Radikalisierung derselben führt. Und wenn diese sich in Affinitätsgruppen organisieren, die sich in mehr oder weniger formalen Zusammenhängen föderieren, umso besser. Sie folgen damit einer erfolgreichen historischen Tradition. Die selbstverwalteten Räume, die Genossenschaften ohne Freistellungen oder bezahlte Delegierte und die Versammlungen in den Stadtvierteln sind notwendige Mittel des Kampfes. Aber, oh weh – wenn Teruel[1] existiert, dann der rechtsgerichtete Anarchismus auch. Es ist schmerzhaft anzuerkennen, dass die Ergebnisse der Bezirkswahlen vom vergangenen 24. Mai weiten Teilen der Bevölkerung den Glauben in die Institutionen zurückgegeben haben, die mit der 15M-Bewegung[2]

sehr kritisch gegenüber der Politik eingestellt waren. Der konstruktive Anarchismus ist in bestimmten alternativen Kreisen nicht mehr en vogue. Ein nicht unbedeutender Teil der politisch korrekten Libertären sind praktisch traumatisiert zurückgelassen worden, als sie erkannten, dass ihr angestammtes Milieu, die prekarisierte und vernetzte Mittelklasse, die Student*innen und die Nachbarschaftsbürokratie, nun zu neuen Ufern aufbricht.

Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten: Auf unzähligen Versammlungen zeterten die Neidhammel fremder Erfolge gegen die „Kurzsichtigkeit"; diese Generäle ohne Truppen stehen für einen „sozialen und organisierten Anarchismus", der „zur Mehrheit berufen ist", während sich andere – noch origineller –, die Notwendigkeit „einer großen sozialen Initiative" erträumen, die uns „gemeinsam zur Eroberung der echten Demokratie„ führen solle. Das trifft beispielsweise auf die Verfasser*innen des Manifests „Den Aufbau einer Gegenmacht von unten vorantreiben, um eine andere Welt möglich zu machen"[3] zu, eines echten Pastiche[4] zivilgesellschaftlicher Forderungen, dem es gelungen ist, hunderte von Unterzeichner*innen zu blenden.

Die Verfasser*innen scheinen leider nicht im Übermaß mit Phantasie und schriftlicher Raffinesse ausgestattet zu sein, aber es ist ja so, dass in unserer Epoche der liquiden Modernität, der Umgang mit SMS und Whatsapp wichtiger ist als das Wissen darum, Sätze von mehr als einer Zeile schreiben zu können. Bereits in ihrem Titel verweisen sie auf den Slogan „Eine andere Welt ist möglich", der Antiglobalisierungsfreund*innen. An dieser Stelle sollten wir uns wohl in Erinnerung rufen, dass sie sich auf eine andere Globalisierung bezogen, auf einen anderen Kapitalismus, nicht auf etwas, das radikal damit bricht. Folgerichtig fahren sie fort, dass „wir uns als freie und souveräne Gesellschaft neu erschaffen sollten", und zwar „mittels einer libertären Demokratie der Menschen, nicht der Märkte".

Die Analyse des „Übergangs" ist so simpel wie das „Es war einmal" aus den Märchen: Von einer Bilanz könnte sie nicht weiter entfernt sein. „Demokratie" ist ein Wort, das ad nauseam wiederholt wird, ein klarer Fingerzeig in Richtung der „Indignad@s" des 15M, und es steht in direktem Bezug mit „unseren Rechten", „der Verteidigung unserer Freiheiten und des Gemeinwohls" vor einer „Elite", „die uns nicht repräsentiert". Welche Freiheiten und welches Gemeinwohl sind gemeint? Wörter wie „Bourgeoisie", „Proletariat", „Klassenbewusstsein", „herrschende Klasse", „Ausbeutung", „Elend", „Revolution", „Anarchie" oder „Selbstverwaltung" fehlen völlig, was natürlich normal ist, wenn wir berücksichtigen, dass sich das Manifest an die Lumpenbourgeosie in deren eigene Sprache richtet. Große Teile davon haben von jeher es vorgezogen für die „Genoss*innen" zu stimmen, „die den Weg durch die Institutionen gewählt haben". Wir erleben den Versuch, eine anarchistische „Marke" zu entwerfen, die den Mittelklassen genehm ist. Das ist auch der Grund, warum die verwendete Sprache von allen Begriffen gereinigt wurde, die ihr unangenehm oder gewalttätig erscheinen könnten. Der coole Anarchismus der liquiden Zeiten hat seinen Ursprung nicht als theoretischer Ausdruck des Klassenkampfes, der urbanen Kämpfe oder der Verteidigung von Territorien, sondern als Ideologie der friedlichen Auseinandersetzung „auf den Straßen und Plätzen", zwischen abstrakten Entitäten wie „dem Volk", „der Gesellschaft" oder „der Mehrheit" und der bösartigen „Elite" oder dem „einen Prozent". Langfristiges zivilge-sellschaftliches Engagement, ohne jegliche Widersprüche mit der Gegenseite, da sie lediglich bestrebt sind, die „Unabhängigkeit der Volksmassen" zu fördern, sprich, den Raum zu besetzen, den diese bereits verlassen haben, als sie sich auf den Weg der Wahlurnen begeben haben.

Ok, wir haben nun genug vom Angerichteten gesprochen, lasst uns über die Köch*innen reden, die nun nicht gerade jungfräulich auf der anarchistischen Bildfläche erschienen sind. Diejenigen, die hinter dem Manifest der Gruppe „Apoyo Mutuo" stehen, kommen aus so verschiedenen Spektren wie diejenigen, die es unterschrieben haben. In gewisser Weise steht Apoyo Mutuo für den Plattformismus im spanischen Staat, dieser rückschrittlichsten Strömung im Anarchismus, die sich vorrangig durch den Fetisch der Organisation, dem heiligen Gral des „Programms" und des uneingeschränkten Opportunismus in seiner Praxis auszeichnet. Ungeachtet dessen, dass sie sich einer Ideengeschichte rühmt, die auf Bakunin persönlich zurückgeführt wird, ist dieses Jahrmarktsphänomen vor 15 Jahren in Chile entstanden, als das Konzept einer „anarchistischen Partei" aus der Mottenkiste herausgeholt wurde, mit zentralisierten, hierarchisierten und disziplinierten Strukturen, mit einem einzigen Programm. Ein „Exekutivkomitee" war dafür verantwortlich, die Massen von außen „zu erwecken", damit dank der „richtigen" Führung Formen des „Poder Popular"[5] auftauchten, die nicht vor verrückten politischen Abenteuern zurückschreckten. Ein Linksradikalismus mit leninistischen Reminiszenzen, der eines hohen Maßes an Sektierertum und Wahnvorstellungen bedarf, um eine Realität, die sich derart von den autoritären plattformistischen Fieberphantasien unterscheidet, im Sinne ihres eigenen bürokratisch-avantgardistisches Credos umzudeuten. Es handelt sich also um ein Produkt der kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zersetzung des Kapitalismus, das dem Traum von Gleichheit entgegensteht und der Gutgläubigkeit jener klassenbewusster Kreise entspricht, die sich um die Ausdrucksformen gruppieren, die das System in seiner Flucht nach vorne offeriert.

Der Plattformismus ist die einzige Strömung im Anarchismus, die von der „Macht“ redet und ungeniert die eiserne Notwendigkeit einer vermittelnden Bürokratie verteidigt. Die spanische Version ist überaus light und postmodern geraten, genauso wie es ihr stets gut aufgelegter Wortschatz verdeutlicht, und ihre Avantgarde-Attitüde ist besser verschleiert mit dem „Netzwerk an Aktiven“ und der flexiblen „Marschroute“. Wie ihre Mentor*innen, betrachtet auch Apoyo Mutuo die Desorganisierung als schlimmstes Übel und die Anhänger*innen spontanen Handelns als wichtigsten Feind. Während sie jeden anderen möglichen Grund ausschlagen, gehen alle Übel dieser Erde stets auf das Fehlen der Organisierung zurück. Oder schlimmer: Auf das Fehlen eines „gemeinsamen Programms“, was uns daran hindert „gemeinsam zu handeln“. Wir müssen „die organisatorische Zerspliterrung beenden“ und dank einer genialen Trennung zwischen vorläufigen und endgültigen Zielen „Strategien und Taktiken entwickeln, die opportun erscheinen“ – was sich schließlich in Form reformistischer, gewerkschaftlicher, lokalpolitischer, genossenschaftlicher oder parainstitutioneller Praktiken manifestiert. Entsprechend postuliert Apoyo Mutuo die Notwendigkeit einer bürokratischen Führung, die sie „das organisierte Volk“ nennt, die dann das „Poder Popular“ verwalten. Ihre wichtigsten Lehrer*innen waren jene anarchistische Figuren, die im vergangenen Spanischen Bürgerkrieg die Revolution verrieten; weswegen sie auch für die Rehabilitierung jener anarchistischen Kaste sind, die allem entsagten, bis auf den Erfolg ihres Entsagens. Das ist ein historiografischer Revisionismus, der essentiell ist für eine Mystifizierung der Vergangenheit eines gut verwalteten Elends: Die Partei der Wahrheit wird zur Wahrheit der Partei. Das Manifest hat eine klare Message: Die gutmütige libertäre Sozialdemokratie ist gekommen um zu bleiben, auf dass sich die nicht salonfähigen Kritiker*innen des Organischen und die desorientierten Bewohner*innen des Ghettos in Acht nehmen mögen. Außerhalb der „Organisation“ nichts, für sie alles![6] Nieder mit dem libertären Kommunismus! Es lebe die „politische und ökonomische Demokratie“!

*Fußnoten:*

*[1] Anm. d. Ü.: Teruel, eine spanische Provinz, wird als Teil von Redewendungen im Stil von „Wenn Teruel existiert, dann X auch“. Direkt auf Deutschland übertragen, ließe sich das vielleicht übersetzen mit: „Wenn Bielefeld existiert, dann X auch“.*

*[2] Anm. d. Ü.: Die „15M“-Bewegung ist der gängige Name für die Indignado-Bewegung in Spanien.*

*[3] Anm. d. Ü.: Das komplette Manifest findet sich hier: https://construyendopueblofuerte.wordpress.com/*

*[4] Anm. d. Ü.: Ein Pastiche ist eine Imitation, eine Nachahmung.*

*[5] Anm. d. Ü.: Eine Erklärung des Konzepts des „Poder Popular“ würde dem Rahmen dieser Fußnote sprengen. Kurz lässt sich jedenfalls sagen, dass das Konzept aus dem marxistischen Bereich stammt und von einer Machtübernahme der „unterdrückten Volksmassen“ ausgeht. Obgleich der Begriff des (unterdrückten) Volkes (pueblo) im spanischsprachigen Raum sehr viel geläufiger ist als hierzulande, wird er doch in allen anarchistischen Strömungen außer der plattformistischen stark kritisiert.*

*[6] Anm. d. Ü.: Anspielung auf einen berühmten Ausspruch von Fidel Castro nach der kubanischen Revolution: „In der Revolution alles, gegen die Revolution nichts“.*

*Quelle (Spanisch): https://argelaga.wordpress.com/2015/06/21/de-la-caspa-en-el-medio-libertario/*

*Anzeigen*

# FdA hautnah

Regelmäßige Termine von Gruppen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen.

## BERLIN

**Anarchistisches Kaffeekränzchen: Offener Stammtisch**
4. Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg
(U2 Eberswalder Str.)

**Tresen der Anarchistischen Gruppe Neukölln (AGN)**
Jeden 2. Freitag im Monat ab 21 Uhr
F54, Friedelstraße 54 (U7 / U8 Hermannplatz)
Der Tresen ist immer mit wechselndem Programm, Infos dazu auf der Website.

**Vokü der Anarchistischen Gruppe Neukölln (AGN)**
Jeden 3. Dienstag im Monat ab 21 Uhr
F54, Friedelstraße 54 (U7 / U8 Hermannplatz)

**Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin**
Jeden 1. des Monats mit einem ernsten und satirischen Rückblick des Vormonats. Daneben verschiedene Sendungen und Hinweise im Laufe des Monats. aradio.blogsport.de

## DRESDEN

**Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen**
Auf Anfrage mit mind. 3 Wochen Vorlauf an akfreizeit@riseup.net
Wanderungen, Übernachtungen, politisch-historische Führungen gegen Spende für lokale Projekte im Raum Dresden und Sächsische Schweiz

**Offener FAU-Stammtisch des Allgemeinen Syndikats Dresden**
Jeden 2. Mittwoch im Monat, 20 Uhr in der Kneipe „Hebedas“
Rothenburger Straße, Dresden-Neustadt

**Soli-Kneipe u. Kultur-Tresen des Allgemeinen Syndikats Dresden**
Jeden 4. Freitag im Monat, 20 Uhr, im Hausprojekt WUMS e.V.
Columbusstraße 2, Dresden-Löbtau

**Probe des libertären Chors des AK Freizeit**
Jeden 4. Freitag im Monat, 18 Uhr
WUMS e.V., Columbusstraße 2, Dresden-Löbtau

**cafém – feminismus zum kennen_lernen**
Jeden 3. Sonntag im Monat, Brunch ab 14 Uhr, Input ab 16 Uhr
(manchmal mit Anmeldung, manchmal kurzfristige Änderung, also lieber nochmal online checken: evibes.blogsport.de/cafem )
kosmotique, Martin-Luther-Straße 13, Dresden-Neustadt

## HEIDELBERG

A-Kneipe
Jeden 1. Samstag im Monat, ab 19.30 Uhr
im Gegendruck, Fischergasse 2, Heidelberg-Altstadt

## KAISERSLAUTERN

**Anarchistisch-Kommunistischer Stammtisch der Anarchistischen Initiative Kaiserslautern/Kusel**
Jeden 2. Mittwoch im Monat um 18.00 Uhr
im GI Café Clearing Barrel in der Richard-Wagner-Straße 48, Kaiserslautern

## KARLSRUHE

**Offenes Plenum der Libertären Gruppe Karlsruhe**
Jeden 4. Mittwoch im Monat ab 19:30 Uhr
in der Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

**Anarchistisches Radio**
Jeden 2. Sonntag 18-20 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder querfunk.de

## LEIPZIG

**Offenes Plenum der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)**
Jeden Montag ab 20 Uhr in der Wurze (Wurznerstr. 2), 04315 Leipzig

**ASJ VEKÜ (Vegane Küche)**
Jeden 1. Samstag im Monat 20 Uhr in der Libelle, Kolonnadenstraße 19, 04109 Leipzig

**Minijobberatungsstunde der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)**
Jeden 2. und 4. Montag 19-20 Uhr in der Libelle, Kolonnadenstraße 19, 04109 Leipzig

## LUDWIGSBURG

**Anka L – das monatliche Antifa-Café des Libertären Bündnis Ludwigsburg (LB)² (+ Vokü)**
Jeden 4. Mittwoch im Monat
im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg

## MANNHEIM

**Volxküche der Anarchistischen Gruppe Mannheim (AGM)**
Jeden 1. Sonntag im Monat ab 19:00 Uhr
im ASV, Beilstraße 12 (Hinterhaus), 68159 Mannheim

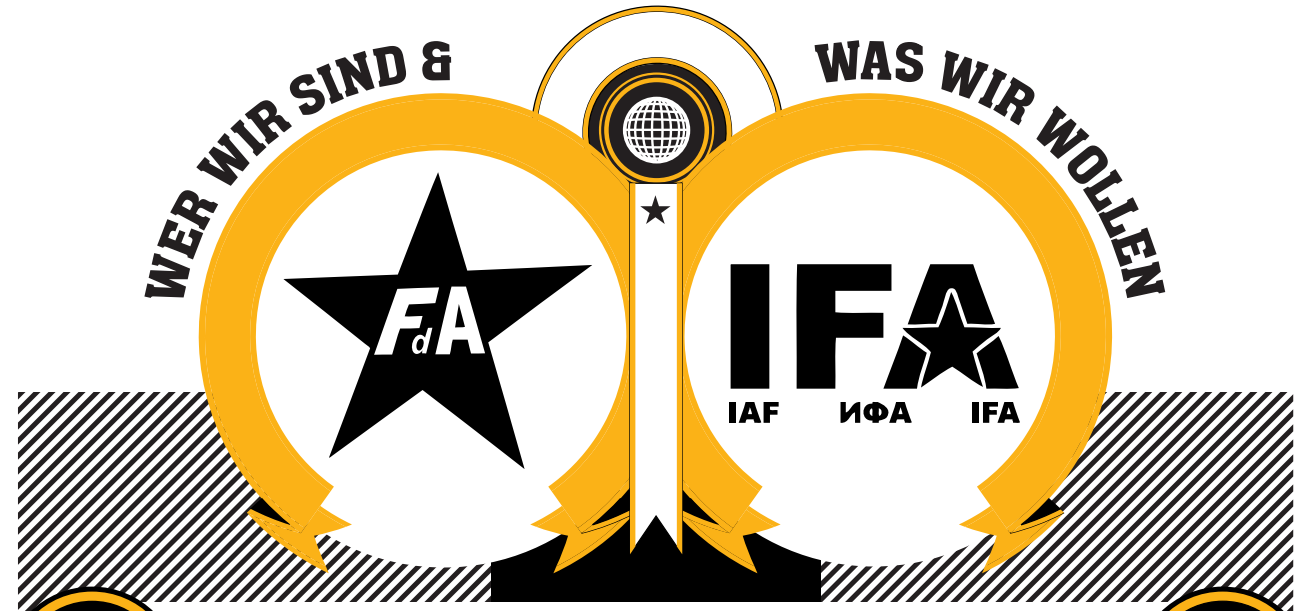
## NÜRNBERG

**Auf-der-Suche-Kneipe mit Vokü**
Jeden 3. Mittwoch im Monat ab 19 Uhr
im Projekt 31, An den Rampen 31, 90443 Nürnberg

## WITTEN (Ruhrgebiet)

**Schwarzer Tresen der Anarchistischen Gruppe östliches Ruhrgebiet**
Jeden letzten Freitag im Monat ab ca. 19:00 Uhr
mit Gustav-Landauer-Bibliothek

Witten, Trotz Allem, Augustastr. 58




# FÖDERATION DEUTSCHSPRACHIGER ANARCHIST*INNEN [FDA-IFA]

**Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist.
Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.**

**Die FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt.
Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.**

**Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend.
Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern.**

## KONTAKTE

**Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen**
Kontakt: fda-organisation@riseup.net
fda-ifa.org

**Internationale der Anarchistischen Föderationen**
Kontakt: secretatiat@i-f-a.org
i-f-a.org

**A4-Druckereikollektiv (Zürich)**
Kontakt: info@a4druck-ch
Kontakt: a4druck.ch

**Berlin**

**Anarchistisches Radio Berlin**
Kontakt: aradio-berlin@riseup.net
aradio.blogsport.de

**GruppeX**
Kontakt: afb@riseup.net

**Anarchistische Gruppe Neukölln**
Kontakt: agn-berlin@riseup.net
anarchistischegruppe.noblogs.org

**Anarchistisches Kaffeekränzchen**

**Anarchistische Gruppe östliche Ruhrgebiet**
Kontakt: agoer@riseup.net
afrheinruhr.blogsport.de

**Anarchistisches Netzwerk Südwest***
Kontakt: info@a-netz.org
a-netz.org

**alert|a Pforzheim**
Kontakt: alerta@kommunikationssystem.de
alertapforzheim.blogsport.de

**Anarchistische Gruppe Mannheim**
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
anarchie-mannheim.de

**Anarchistische Initiative Kaiserslautern/Kusel**
Kontakt: anarchistischeinitiative@web.de
anarchistische-initiative-kl.blogsport.de

**Anarchistisches Netzwerk Tübingen**
Kontakt: anarchistisches-netzwerk-t@riseup.net
wwwant.blogsport.de

**Libertäres Bündnis Ludwigsburg**
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
lbquadrat.org

**Libertäre Gruppe Heidelberg**
Kontakt: libertaeregruppe-hd@posteo.de
anarchieheidelberg.blogsport.de

**Libertäre Gruppe Karlsruhe**
Kontakt: lka@riseup.net
www.lka.tumblr.com

**Nigra**
Kontakt: nigra@riseup.net
nigra.noblogs.org

**ASJ Bonn**
Kontakt: asjbonn@riseup.net
asjbonn.blogsport.de

**ASJ Leipzig**
Kontakt: asj-leipzig@riseup.net
asjl.blogsport.de

**Auf der Suche (Nürnberg)**
Kontakt: aufdersuche@riseup.net
aufdersuche.blogsport.de

**Karakök Autonome Türkei/Schweiz**
Kontakt: laydaran@immerda.ch
karakok.org

**Libertäre Initiative Schleswig-Holstein**
Kontakt: nico@mynona.de

**Libertäre Aktion Frankfurt Oder**
Kontakt: libertaere-aktion-frankfurt-oder@riseup.net
libertaereaktionffo.blogsport.de

**Libertäre Antifa München**
Kontakt: lava-muc@riseup.net
lava-muc.de

**Dresden**

**AK Freizeit**
Kontakt: akfreizeit@riseup.net
libertaeres-netzwerk.org

**IK Dokumentation**
libertaeres-netzwerk.org

**Assoziierte Projekte**

**Allgemeines Syndikat Dresden**
Kontakt: faudd@fau.org
fau.org/ortsgruppen/dresden

**Anarchistisches Forum Köln**
Kontakt: a.f.koeln@riseup.net
anarchistischesforumkoeln.blogsport.de

**e*vibes (Dresden)**
Kontakt: e_vibes@riseup.net
evibes.blogsport.de